

**Dr. Friedmar Fischer
Dipl.-Hdl. Werner Siepe**

Zusatzversorgungsbericht aktuell

Zahlen, Daten, Fakten - 2013

(VBL West)

© Friedmar Fischer, 75446 Wiernsheim; Werner Siepe, 40699 Erkrath
März 2013

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung, vorbehalten. Dieser Bericht darf in keiner Form – auch nicht auszugsweise – ohne schriftliche Genehmigung der beiden Verfasser reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Vorwort | 3 |
| Zusammenfassung der Ergebnisse des Berichts..... | 4 |
| 1. Versorgungsausgaben der VBL..... | 6 |
| 1.1. Tatsächliche Versorgungsausgaben 2002-2010 | 6 |
| 1.2. Prognostizierte Versorgungsausgaben 2011-2015..... | 9 |
| 1.3. Vergleich der tatsächlichen Versorgungsausgaben mit tatsächlichen Umlageaufkommen und der Entwicklung der Vermögen bei der VBL | 12 |
| 2. Anzahl der Rentner bei der VBL | 14 |
| 2.1. Tatsächliche Anzahl aller Rentner 2002-2010 im Vergleich zu den Prognosen laut Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005..... | 14 |
| 2.2. Tatsächliche und prognostizierte Anzahl der Versicherungsrentner | 18 |
| 3. Rentenhöhe: Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge bei der VBL | 21 |
| 3.1. Tatsächliche Rentenzahlbeträge 2002-2010 im Rentenbestand und bei Rentenneuzugängen | 21 |
| 3.2. Künftige Rentenzahlbeträge in 2011-2015 für Rentenbestand und Rentenneuzugänge | 23 |
| 4. Brutto-Zusatzrenten bei der VBL | 26 |
| 4.1. Tatsächliche Brutto-Zusatzrenten in 2010 und 2011..... | 26 |
| 4.2. Künftige Zusatzrenten 2012-2015 für Rentenferne | 26 |
| 4.3. Künftige Zusatzrenten ab 2016..... | 28 |
| 5. Rentenanwartschaften zum 31.12.2001 (sog. Startgutschriften)..... | 29 |
| 5.1. Tatsächliche Startgutschriften für rentennahe Jahrgänge (bis 1946)..... | 29 |
| 5.2. Tatsächliche Startgutschriften für rentenferne Jahrgänge (ab 1947)..... | 30 |
| 5.3. Statische Startgutschriften als Teil der Brutto-Zusatzrente | 34 |
| 6. Betriebsrente nach Punktemodell ab 2002 (sog. Punkterente)..... | 36 |
| 6.1. Tatsächliche Punkterente 2002-2011..... | 36 |
| 6.2. Künftige Punkterente ab 2012 für Jahrgänge 1947, 1956, 1965 und 1975 | 36 |
| Anhang | 40 |
| Abbildungsverzeichnis | 46 |
| Tabellenverzeichnis | 46 |
| Quellennachweis | 47 |

Vorwort

Der Zusatzversorgungsbericht 2013 analysiert das gesamte verfügbare Zahlenmaterial über die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (ZÖD) für die Pflichtversicherten und Rentner, die dem Abrechnungsverband West der Versorgungsanstalt des Bundes und Länder (VBL) angehören.

Der **Zusatzversorgungsbericht** beschränkt sich – wie der Vierte und Fünfte Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2009 und 2013– auf die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) als größte Zusatzversorgungskasse. Die Rentenleistungen der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) bleiben daher in diesem Bericht – anders als noch im Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2005 - ebenso außer Betracht wie die Leistungen aus der Beamtenversorgung.

Im Mittelpunkt des Berichts stehen die Rentenleistungen der VBL im Abrechnungsverband West und hier insbesondere die „reinen“ **Versicherungsrenten**, also die Renten aus einer aktiven Pflichtversicherung.

Prognosen über künftige Versorgungsausgaben der VBL, Anzahl der künftigen Rentner und Höhe der künftigen Renten werden nur für den 4-Jahres-Zeitraum von 2012 bis 2015 erstellt. Es ist davon auszugehen, dass die Versorgungsausgaben in diesen Jahren stagnieren oder gar zurückgehen. Gründe sind der Renteneintritt der ehemals rentenfernen Jahrgänge (ab 1947) mit um rund ein Viertel sinkenden Zahlbeträgen bei den Rentennewuzugängen, die stufenweise Erhöhung der Regelaltersgrenze ab Jahrgang 1947 sowie der Wegfall der Altersrenten mit Vollendung des 60. Lebensjahres für Frauen, wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit ab Jahrgang 1952.

Beide Verfasser dieses Zusatzversorgungsberichts sind Mathematiker. Dr. Friedmar Fischer, Jahrgang 1947, ist seit 2012 Rentner und Betroffener einer zu niedrigen Startgutschrift. Werner Siepe, Jahrgang 1942, ist pensionierter Beamter und daher von der VBL-Zusatzrente selbst nicht betroffen. Fischer und Siepe sind auch Verfasser der Studie [„Rentenkürzungen in der Zusatzversorgung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst“](#) [Ref. 1], der Streitschrift [„Rentenfalle im öffentlichen Dienst“](#) [Ref. 2] und des Buches: „Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst“ [Ref. 15] sowie Dokumentationen zum Datenmaterial der VBL [Ref. 18] und zur Neuordnung der Zusatzversorgung nach der Tarifeinigung vom 30.05.2011 [Ref. 19].

Der aktuelle Zusatzversorgungsbericht 2013 (VBL West) ist downloadbar unter:

<http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2013.pdf>

Die früheren Zusatzversorgungsberichte 2009 bis 2012 sind ebenso downloadbar. (siehe [Ref. 3], [Ref. 13], [Ref. 16], [Ref. 17]).

Wiernsheim und Erkrath, 24.03.2013

Dr. Friedmar Fischer

Werner Siepe

Zusammenfassung der Ergebnisse des Berichts

1.

Die bisherigen Prognosen über die **Versorgungsausgaben der VBL** sind viel zu hoch gegriffen. Im Jahr 2011 lagen beispielsweise die tatsächlichen Versorgungsausgaben in Höhe von insgesamt 4,54 Milliarden Euro (West und Ost) um rund 13 Prozent unter den noch im Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2009 prognostizierten 5,24 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr 2002 sind die gesamten Versorgungsausgaben in West und Ost nur um rund 23 Prozent gestiegen und nicht, wie noch im Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 prognostiziert, um 42 Prozent (siehe 1. Kapitel).

Die Ausgaben für „Versicherungsrenten im engeren Sinne“ (also nur Versichertenrenten aus aktiver Pflichtversicherung im Westen) erhöhten sich von 2002 bis 2011 um 11 Prozent bzw. durchschnittlich um nur 1,2 Prozent pro Jahr.

Spätestens ab dem Jahr 2012 ist mit einem Stillstand oder sogar einem Rückgang der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2015 zu rechnen, bevor dann die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Die Gründe für konstante oder gar sinkende Versorgungsausgaben in den Jahren 2012 bis 2015 liegen vor allem in sinkenden Rentenzahlbeträgen für die Rentenneuzugänge der ehemals rentenfernen Jahrgänge ab 1947 sowie dem Wegfall der vorgezogenen Altersgrenze mit vollendetem 60. Lebensjahr für Frauen, wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit für alle Jahrgänge ab 1952. Hinzu kommt für alle Jahrgänge ab 1947 noch die stufenweise Heraufsetzung der Regelaltersgrenze.

2.

Hauptgrund für die Fehlprognosen der letzten Jahre ist vor allem die zu hoch geschätzte **Anzahl der Rentner bei der VBL West**. Die tatsächliche Zahl der VBL-Rentner West lag im Jahr 2011 mit 1,05 Millionen um rund 13 Prozent unter den von der Bundesregierung im Jahr 2005 geschätzten 1,21 Millionen. Gegenüber 2002 ist die Zahl der Rentner insgesamt nur um 10 Prozent bzw. durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr gestiegen und damit deutlich geringer als die prognostizierten 28 Prozent insgesamt bzw. 2,7 Prozent im Jahresdurchschnitt (siehe 2. Kapitel).

3.

Die durchschnittlichen **Rentenzahlbeträge** pro Monat für die Versicherungsrentner sind in den Jahren 2006 bis 2011 nur noch um insgesamt 2,5 Prozent auf zuletzt 415 Euro gestiegen, was einer durchschnittlichen Steigerung von nur 0,5 Prozent pro Jahr entspricht. Diese Steigerungen errechnen sich, obwohl die Bestandsrenten jährlich um 1 Prozent nach oben angepasst wurden. Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch: Die Rentenzahlbeträge bei den Neuzugängen sinken schleichend bereits ab dem Jahr 2005, wie im vorliegenden Bericht nachgewiesen wird. Ab dem Jahr 2012, wenn ausschließlich rentenferne Jahrgänge (ab 1947) in Rente gehen, wird es einen dramatischen Einbruch um ein Viertel bei den Zahlbeträgen für Neurentner geben (siehe 3. Kapitel).

4.

Die Höhe der künftigen **Brutto-Zusatzrenten** errechnet sich aus der Summe von Rentenanwartschaften zum 31.12.2001 (Startgutschriften) und den Rentenanwartschaften ab 1.1.2002 (Punkterente). Modellberechnungen für Durchschnittsverdiener der unterschiedlichen Jahrgänge zeigen, wie sich die Brutto-Zusatzrenten künftig entwickeln werden (siehe 4. Kapitel).

5.

Die Höhe der **Rentenanwartschaften zum 31.12.2001** (sog. Startgutschriften) wirkt sich vor allem für ältere Jahrgänge aus. Je mehr Pflichtversicherungsjahre in die Zeit bis Ende 2001 fallen, desto höher ist der Anteil der Startgutschrift an der späteren Zusatzrente. Hierbei fällt auf, dass insbesondere ältere, alleinstehende Rentner der Jahrgänge 1947 bis 1956 durch eine zu niedrig bemessene Startgutschrift benachteiligt werden (siehe 5. Kapitel).

6.

Die **Betriebsrente nach dem Punktemodell** (sog. Punkterente) betrifft vor allem jüngere Rentner. Die finanziellen Auswirkungen einer möglichen Leistungskürzung würde also diese Gruppe von Pflichtversicherten besonders treffen (siehe 6. Kapitel).

Fazit:

Die Beschreibung der Symptome sowie die Diagnose der aktuellen und künftigen Zukunftsversorgung für die bei der VBL West pflichtversicherten Beschäftigten im öffentlichen Dienst fallen nach Auswertung der Versorgungsberichte der Bundesregierung, der Geschäftsberichte der VBL und der AVID-Studie von 2005 nicht schwer.

Der dramatische Anstieg der Versorgungsausgaben und der Rentneranzahl laut Vorausrechnungen durch das von der VBL beauftragte Sachverständigenbüro mit damaligem Namen BodeHewitt ist überhaupt nicht eingetreten. Der Anstieg hat sich vielmehr abgeflacht und wird in den Jahren 2012 bis 2015 höchstwahrscheinlich komplett entfallen. Die Vorausrechnungen bis zum Jahr 2015 laut dem Vierten Versorgungsbericht der Bundesregierung 2009 sind bereits heute Makulatur. Und auch die Berechnungen im aktuellen Versorgungsbericht der Bundesregierung 2013 werden sich als deutlich hinsichtlich von Versorgungsausgaben und Rentneranzahl als überhöht erweisen.

Die vorgelegten Zahlen können eine weitere Leistungskürzung bei der Zusatzrente nicht rechtfertigen. Eine zusätzliche Leistungskürzung bei der Punkterente würde zudem vor allem jüngere Jahrgänge treffen und die Attraktivität der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst weiter schwächen.

Darüber hinaus werden erhebliche Rentenkürzungen für die Jahrgänge ab 1947 sowie eine nachgewiesene Ungleichbehandlung bestimmter Gruppen von Rentnern (zum Beispiel alleinstehende, lang dienende Ältere) diagnostiziert. Leider haben es die Tarifparteien versäumt, eine faire Neuregelung der Startgutschriften für Rentner zu beschließen. Die Neuregelung laut Tarifeinigung vom 30.5.2011 ist völlig verfehlt.

1. Versorgungsausgaben der VBL

1.1. Tatsächliche Versorgungsausgaben 2002-2011

Zu den Versorgungsausgaben der VBL zählen:

- Versichertenrenten (Renten aus aktiver Versicherung)
- Hinterbliebenenrenten (Witwen- bzw. Witwerrenten, Voll- und Halbwaisenrenten)
- sonstige Leistungen (Sterbegelder, Abfindungen, Beitrags- und Umlageerstattungen).

Im Folgenden werden die Versorgungsausgaben für die VBL-Abrechnungsverbände West und Ost aufgeführt, also die Rentenleistungen für „West-Rentner“ und „Ost-Rentner“. Nur jeder zehnte VBL-Rentner erhält seine Rente aus dem Abrechnungsverband Ost und die Rentenleistungen für „Ost-Rentner“ machten in den Jahren 2005 bis 2007 nur 3 Prozent der gesamten VBL-Rentenleistungen aus. Dies liegt u.a. daran, dass die Zusatzrente in den neuen Bundesländern erst 1997 eingeführt wurde und ab 2004 teilweise schon kapitalgedeckt ist im Gegensatz zur rein umlagefinanzierten Zusatzrente in den alten Bundesländern. Ab 2008 führt die VBL-Statistik die Rentenleistungen für den Abrechnungsverband Ost nicht mehr getrennt aus.

Die folgende

Tabelle 1 vergleicht die tatsächlichen mit den im Dritten Versorgungsbericht von 2005 prognostizierten **Versorgungsausgaben** (West und Ost) in Mio. Euro für den Zeitraum von 2002 bis 2011.

Tabelle 1: Höhe der Versorgungsausgaben der VBL in Millionen Euro (gerundet) für die Jahre 2003 bis 2011

| Jahre | progn. Versorgungsausgaben* | tats. Versorgungsausgaben** |
|-------|-----------------------------|-----------------------------|
| 2003 | 3.924 | 3.901 |
| 2004 | 4.149 | 4.031 |
| 2005 | 4.435 | 4.117 |
| 2006 | 4.616 | 4.165 |
| 2007 | 4.772 | 4.246 |
| 2008 | 4.890 | 4.333 |
| 2009 | 4.992 | 4.409 |
| 2010 | 5.100 | 4.488 |
| 2011 | 5.235 | 4.540 |

*) Quelle: Dritter Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 [Ref. 4], Tab A II 38
**) Quelle: Vierter Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2009 [Ref. 11] und VBL-Geschäftsbericht von 2011, Statistischer Teil, Anlage 23, Seite 59

Die im Jahr 2011 tatsächlich angefallenen Versorgungsausgaben von rund 4,54 Milliarden Euro liegen um 13 Prozent unter den prognostizierten Ausgaben von 5,23 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2002 sind die Versorgungsausgaben tatsächlich nur um rund 23 Prozent insgesamt bzw. durchschnittlich 2,4 Prozent pro Jahr gestiegen statt – wie noch im Jahr 2005 prognostiziert – um insgesamt rund 42 Prozent bzw. 4 Prozent pro Jahr. Dieser deutlich geringere Anstieg der Versorgungsausgaben hängt in erster Linie mit der im Vergleich zur Prognose deutlich geringeren Anzahl von Rentnern zusammen (siehe Kapitel 2).

Laut Pilotentscheidung des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 22.9.2005 (Az. [12 U 99/04](#)) hat das Büro mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beye¹ eine Übersicht der „Entwicklung der Anstaltsleistungen (Abrechnungsverband VBL West)“ für den Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung 2005 [Ref. 4] erstellt. Die Berichtersteller der Bundesregierung haben die prognostizierten Versorgungsausgaben bzw. Anstaltsleistungen der VBL West für die Jahre 2002 bis 2008 vollständig übernommen. Außerdem finden sich sämtliche Prognosezahlen des Büros mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beye über die Jahre 2008 bis 2050 ebenfalls im Dritten Versorgungsbericht.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hat die VBL auch sämtliche vom Büro mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beyer für den Vierten Versorgungsbericht der Bundesregierung 2009 erstellten Zahlen an die Berichtersteller der Bundesregierung weitergeleitet. Den Verfassern dieses Zusatzversorgungsberichts ist bekannt, dass diese Zahlen auch an andere Institutionen weitergegeben wurden. Letztlich stammt das ganze Zahlenwerk also aus dem Büro mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beye bzw. späterem Namen BodeHewitt und heute AonHewitt. Auch die Zahlen für den Fünften Versorgungsbericht der Bundesregierung 2013 werden von AonHewitt stammen.

Hinter der Firma mit damaligem Namen BodeHewitt AG & Co. KG in Grünwald bei München standen die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen Dr. Bode, Dr. Grabner und Dr. Beye. Das Büro mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beye erstellt schon seit über einem Jahrzehnt versicherungsmathematische Gutachten für die VBL. Die Prognose über die Versorgungsausgaben bzw. Anstaltsleistungen setzt allerdings keine komplizierten versicherungsmathematischen Berechnungen voraus. Im Wesentlichen geht es um die Schätzung des Einkommenstrends bei den Pflichtversicherten, der Rentneranzahl und der Rentenhöhe insbesondere für die jeweiligen Rentenneuzugänge.

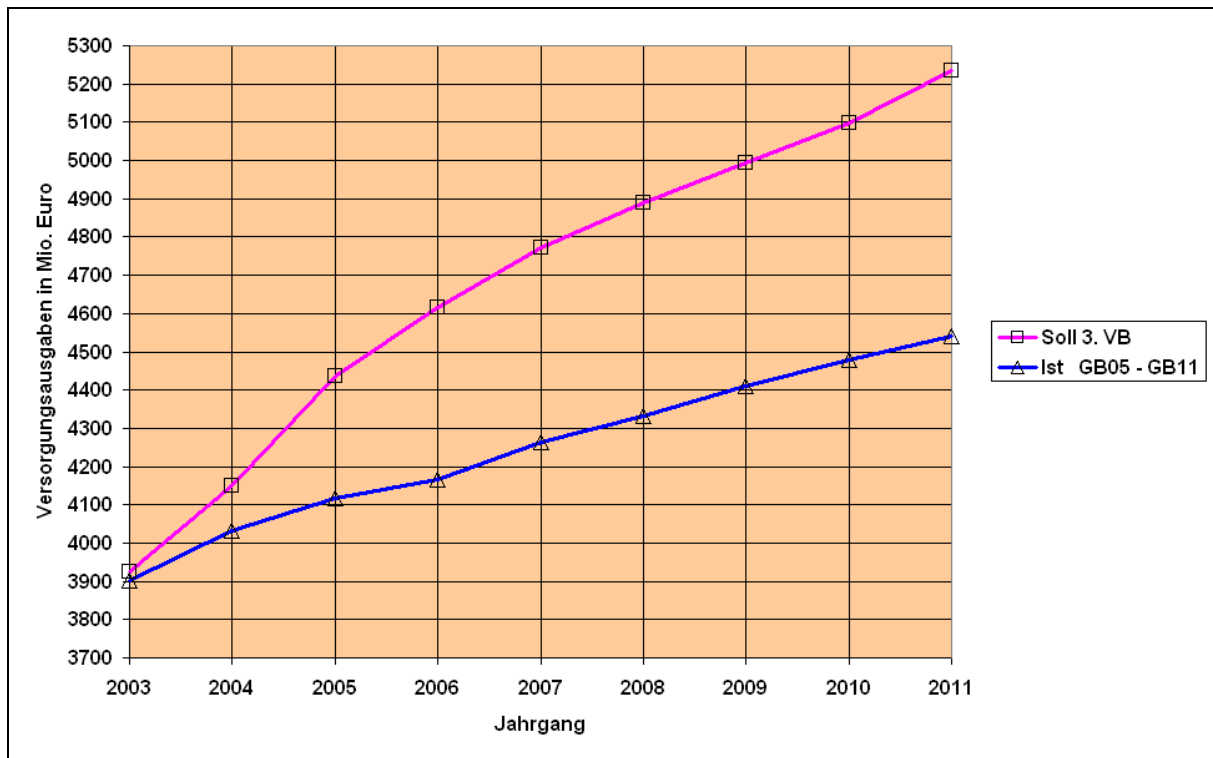
Leider fehlen in der Prognoserechnung des Büros Bode, Grabner, Beye und damit auch im Vierten Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2009 [Ref.

¹ Seit 18.07.2005 BodeHewitt AG & Co. KG (<http://www.bodehewitt.de>) und neuerdings als <http://aonhewitt.de>

11] und wahrscheinlich auch im Fünften Versorgungsbericht der Bundesregierung von Frühjahr 2013 sämtliche Annahmen über die Entwicklung der Anzahl der Rentner sowie die Höhe der Rentenzahlbeträge bei den Renten neuzugängen.

Die folgende Grafik 1 zeigt die deutlichen Abweichungen zwischen Ist- und Soll-Zahlen. (Hier meint „GB 11“ den Geschäftsbericht der VBL für 2011.)

Grafik 1: Soll-Ist-Vergleich bei den Versorgungsausgaben



Die **Ausgaben für Versicherungsrenten im engeren Sinne** (nur Betriebsrenten aus aktiver Pflichtversicherung) bei der VBL West erhöhten sich im Zeitraum von 2002 bis 2011 um insgesamt 11,5 Prozent bzw. durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr.

Diese „reinen“ Versicherungsrenten wurden anhand des Statistischen Teils der VBL-Geschäftsberichte 2006 und 2011 wie folgt berechnet:

Zahl der Versicherungsrenten West aus Pflichtversicherung jeweils im Dezember eines Jahres
x monatlicher durchschnittlicher Rentenzahlbetrag West bei Betriebsrenten aus Pflichtversicherung
x 12 Monate
= Ausgaben für Versicherungsrenten im engeren Sinne

Tabelle 2: Tatsächliche Entwicklung der Versicherungsrenten im engeren Sinne

| Jahr | Rentneranzahl im engeren Sinne* | monatlicher Rentenzahlbetrag** | Ausgaben für Versicherungsrenten im engeren Sinne*** |
|-------------|--|---------------------------------------|---|
| 2002 | 684.070 | 385 € | 3.160 Mio. € |
| 2003 | 693.132 | 393 € | 3.269 Mio. € |
| 2004 | 696.894 | 398 € | 3.328 Mio. € |
| 2005 | 699.415 | 402 € | 3.374 Mio. € |
| 2006 | 699.550 | 405 € | 3.400 Mio. € |
| 2007 | 701.901 | 408 € | 3.437 Mio. € |
| 2008 | 703.380 | 411 € | 3.469 Mio. € |
| 2009 | 705.525 | 413 € | 3.496 Mio. € |
| 2010 | 707.190 | 413 € | 3.505 Mio. € |
| 2011 | 707.368 | 415 € | 3.523 Mio. € |

*) Anzahl der Betriebsrenten aus einer aktiven Pflichtversicherung (siehe GB VBL 2006 und 2011, statistischer Teil, Anlage 9a, Seite 26) [Ref. 8]

**) durchschnittlicher Rentenzahlbetrag pro Monat im Bestand (siehe GB VBL 2006 und 2011, statistischer Teil, Anlage 16a, Seite 44) [Ref. 8]

***) Ausgaben für Renten aus aktiver Pflichtversicherung = Rentneranzahl im engeren Sinne x durchschnittlicher Rentenzahlbetrag im Monat x 12 Monate

Dass die Versicherungsrenten im engeren Sinne (ohne Hinterbliebenenrenten und ohne Renten für beitragsfrei Versicherte) gegenüber 2002 um durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr gestiegen sind, kann mit der um 3,4 Prozent pro Jahr gestiegene Anzahl der Versicherungsrentner und den mit nur um 0,8 Prozent pro Jahr gestiegenen Rentenzahlbeträge begründet werden.

Die „reinen“ Versicherungsrenten stammen aus den folgenden Quellen:

- Regelaltersrenten
- Altersrenten für langjährig Pflichtversicherte (mind. 35 Beitragsjahre)
- Altersrenten wegen Altersteilzeit oder nach Arbeitslosigkeit
- Altersrenten wegen Schwerbehinderung
- Frauen-Altersrenten
sowie Erwerbsminderungsrenten.

1.2. Prognostizierte Versorgungsausgaben 2012-2015

Der im Vierten Versorgungsbericht von 2009 [Ref. 11] prognostizierte Anstieg der Versorgungsausgaben für die Jahre 2012 bis 2015 bei einer angenommenen

Gehaltssteigerung von jährlich 2 Prozent liegt nur noch bei knapp 4 Prozent. Im Jahr 2012 steigen die Versorgungsausgaben laut Prognose um 1,3 Prozent gegenüber 2011 und in den Jahren 2013 sowie 2014 jeweils nur um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Erst im Jahr 2015 sollen die Versorgungsausgaben der VBL West gegenüber 2014 um zumindest 1,1 Prozent steigen.

Dieser insgesamt geringe prognostizierte Anstieg überrascht auf den ersten Blick, da sich die Anzahl der Rentner im Zeitraum von 2012 bis 2015 laut Versorgungsbericht von 2009 noch um 14 Prozent erhöhen soll.

Für den im Vergleich zur Rentneranzahl geringeren Anstieg der Versorgungsausgaben gibt es aber eine einleuchtende Erklärung: Ab dem Jahr 2012 sind unter den Neurentnern nur noch ehemals rentenferne Jahrgänge (ab 1947). Deren Renten liegen aber um rund 25 Prozent unter denen der ehemals rentennahen Jahrgänge bis 1946 (siehe Kapitel 3). Der drastische Einbruch der Neurenten wird bereits im Jahr 2012 erfolgen und dazu führen, dass die Versorgungsausgaben schon in diesem Jahr stagnieren bzw. sogar zurückgehen.

Tabelle 3: Geschätzte Versorgungsausgaben der VBL (West) in Millionen Euro (gerundet) für die Jahre 2010 bis 2015

| Jahre | Prognose 3. VB* | Prognose 4. VB** |
|---|------------------------|-------------------------|
| 2010 | 4.896 | 4.663 |
| 2011 | 5.002 | 4.764 |
| 2012 | 5.057 | 4.825 |
| 2013 | 5.063 | 4.852 |
| 2014 | 5.138 | 4.882 |
| 2015 | 5.222 | 4.938 |
| *) Quelle: Dritter Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 [Ref. 4] | | |
| **) Quelle: Vierter Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2009 [Ref. 11] | | |

Versorgungsausgaben sind im Prinzip nichts anderes als das Produkt aus Rentneranzahl („Mengeneffekt“) und Rentenhöhe („Preiseffekt“). Da die Höhe der laufenden Bestandsrenten um jeweils 1 Prozent zum 1. Juli eines jeden Jahres steigt, kann eine Stagnation der Versorgungsausgaben nur dadurch erklärt werden, dass die Rentneranzahl zurückgeht und/oder das Niveau der Neurenten drastisch fällt. Offensichtlich geht der Vierte Versorgungsbericht 2009 stillschweigend von einem besonders drastischen Rückgang der Renten bei den Neuzugängen in den Jahren 2013 und 2014 aus, da er trotz einer weiter steigenden Anzahl von Rentnern nur eine jährliche Steigerung der Versorgungsausgaben von jeweils 0,6 Prozent in diesen beiden Jahren annimmt.

Sollten sowohl die Rentneranzahl als auch das Niveau der Neurenten deutlich sinken, gehen die Versorgungsausgaben sogar zurück. Erst ab Renteneintritt der

geburtstarken Jahrgänge 1956 bis 1965 werden infolge einer stark ansteigenden Rentneranzahl auch die Versorgungsausgaben wieder steigen.

Die für die Jahre 2012 bis 2015 vom Büro mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beye prognostizierten Versorgungsausgaben sind mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Leider geschieht in der Praxis oft das genaue Gegenteil. Die VBL beruft sich gern auf die Zahlen aus den Versorgungsberichten der Bundesregierung, um die angebliche Gefahr stark steigender Versorgungsausgaben in der Zukunft zu verweisen. Tatsächlich hat aber die VBL selbst die Gutachten des Büros mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beye in Auftrag gegeben.

Öffentliche Arbeitgeber und politische Entscheidungsträger nehmen die Zahlen aus den Versorgungsberichten ebenfalls gern zum Anlass, um die künftige finanzielle Situation der VBL in düsteren Farben zu malen. Nicht selten wird dabei sogar die Variante 3 gewählt, wonach die Einkommen der Pflichtversicherten durchschnittlich um 3 Prozent pro Jahr steigen. Ein solcher Einkommenstrend ist aber viel zu optimistisch. Realistischer ist eine jährliche Einkommenssteigerung von 2 Prozent und damit die Einkommensvariante 2.

Eine Prognose der Verfasser über die künftige Höhe der „reinen“ **Versicherungsrenten** in der VBL West für die Jahre 2012 bis 2015 geht von einer Steigerung der Rentneranzahl von durchschnittlich 0,4 Prozent pro Jahr aus (wie im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2011 und einem stagnierenden durchschnittlichen Rentenzahlbetrag in den Jahren 2012 bis 2015). Die Anzahl der Rentner steigt in den Jahren 2012-2015 nur gering an, da vorzeitige Altersrenten mit 60 Jahren für Frauen oder nach Altersteilzeit ab Jahrgang 1952 nicht mehr möglich sind. Außerdem wird davon ausgegangen, dass die Höhe der durchschnittlichen Rentenzahlbeträge in diesen Jahren wegen der drastisch niedrigeren Neurenten für die Jahrgänge ab 1947 nicht mehr steigt, sondern auf dem Niveau von 2011 verbleibt.

Tabelle 4: Geschätzte Versicherungsrenten (West) 2012-2015 in Millionen Euro (gerundet)

| <u>Jahre</u> | <u>geschätzte Versicherungsrenten (aus aktiver Pflichtversicherung)</u> |
|--------------|---|
| 2012 | 3.537 Mio. Euro |
| 2013 | 3.551 Mio. Euro |
| 2014 | 3.565 Mio. Euro |
| 2015 | 3.578 Mio. Euro |

Nach dieser Grobschätzung würden sich die Versicherungsrenten aus aktiver Pflichtversicherung von 2012 bis 2015 insgesamt nur um insgesamt 1,2 Prozent erhöhen. Sofern die Anzahl der Rentner ab 2012 sogar sinkt, gehen auch die

Versicherungsrenten im Mio. Euro absolut zurück. Denkbar ist dies vor allem, weil ab 2012 gleich drei Faktoren bremsend auf die Zahl der Rentenneuzugänge wirken:

- **Wegfall der Frauenaltersrenten** ab vollendetem 60. Lebensjahr für alle Jahrgänge ab 1952
- **Wegfall der Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit** für alle Jahrgänge ab 1952
- **stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze** um jeweils 1 Monat für die Jahrgänge 1947 bis 1958 und um jeweils 2 Monate für die Jahrgänge 1959 bis 1964 (also für den ersten betroffenen Jahrgang 1947 auf 65 Jahre und 1 Monat).

Da die im 60. bis 62. Lebensjahr in Anspruch genommenen vorgezogenen Frauenaltersrenten und Altersrenten wegen Altersteilzeit im Jahr 2011 insgesamt rund 30 Prozent aller Rentenneuzugänge ausmachten, wird der Wegfall dieser vorzeitigen Inanspruchnahme ab 2012 zu einem merklichen Rückgang der Rentenneuzugänge führen. Hinzu kommt, dass die im Dezember 1947 Geborenen wegen der Erhöhung der Regelaltersgrenze um einen Monat erst im Folgejahr 2013 als neue Regelaltersrentner geführt werden.

Insgesamt könnten die Rentenneuzugänge aus diesen Gründen sogar um 7.000 im Jahr 2012 und in den drei Folgejahren zurückgehen. Die Anzahl aller Versicherungsrentner würde um 1 Prozent pro Jahr im Zeitraum von 2012 bis 2015 sinken und die Ausgaben für die Versicherungsrenten bei gleichzeitig nicht mehr steigenden Rentenzahlbeträgen für ehemals aktiv Pflichtversicherte zurückgehen.

Dieses für die VBL sowie die anderen Zusatzversorgungskassen aus Kostensicht sehr günstige Szenario wird sich erst umkehren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1956 bis 1965 in Rente gehen.

Ob die Ausgaben für Versicherungsrenten im Zeitraum von 2012 bis 2015 konstant bleiben oder sinken, bleibt eine offene Frage. Auf jeden Fall wird das Jahr 2012 ein Wendejahr bei den Ausgaben für Versicherungsrenten sein, was allerdings erst mit Vorlage des VBL-Geschäftsberichts Ende 2013 und des Sechsten Versorgungsberichts der Bundesregierung im Jahr 2017 in der Öffentlichkeit bekannt wird.

1.3. Vergleich der tatsächlichen Versorgungsausgaben mit tatsächlichen Umlageaufkommen und der Entwicklung der Vermögen bei der VBL

Da die VBL-Zusatzrente West ähnlich wie die gesetzliche Rente eine umlagefinanzierte Rente darstellt, werden die Versorgungsausgaben der VBL

West weitestgehend aus dem laufenden Umlageaufkommen finanziert. Dieses lag in den Jahren 2002 bis 2011 immer über den Versorgungsausgaben.

Im Jahr 2011 lag das Mittelaufkommen inkl. Sanierungsbeiträgen sowie Umlagen und Beiträge Ost bei 5,26 Milliarden Euro und übertraf die Versorgungsausgaben von 4,5 Milliarden Euro um 16 Prozent.

Nur im Jahr 2007 lag das Mittelaufkommen nur geringfügig über den Versorgungsausgaben. In allen anderen Jahren seit 2002 überstieg es jedoch die Versorgungsausgaben um 4 bis 16 Prozent, wie die nachfolgende Tabelle über das Verhältnis von tatsächlichen Versorgungsausgaben und tatsächlichem Umlageaufkommen zeigt.

Tabelle 5: Vergleich Versorgungsausgaben/Umlageaufkommen

| Jahre | tats. Versorgungsausgaben | tats. Umlageaufkommen * |
|---|---------------------------|---------------------------|
| 2002 | 3.679 | 4.030 (= 110 % der Ausg.) |
| 2003 | 3.901 | 4.337 (= 111 % „ „) |
| 2004 | 4.031 | 4.255 (= 106 % „ „) |
| 2005 | 4.117 | 4.253 (= 103 % „ „) |
| 2006 | 4.165 | 4.351(= 104 % „ „) |
| 2007 | 4.246 | 4.249 (= 100 % „ „) |
| 2008 | 4.333 | 4.668 (= 108 % „ „) |
| 2009 | 4.409 | 4.896 (= 111 % „ „) |
| 2010 | 4.488 | 5.121 (= 114 % „ „) |
| 2011 | 4.540 | 5.263 (= 116 % „ „) |
| *) Quelle: VBL-Geschäftsberichte, 2006 und 2011, Statistischer Teil , Anl. 21 und 23, S. 55 und 59 („Aufkommen“ inkl. Umlagen und Beiträge Ost) | | |

Gleichzeitig ist das VBL-Vermögen von 7,5 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 17,8 Milliarden Euro in 2011 gewachsen und hat sich damit innerhalb von nur neun Jahren mehr als verdoppelt (siehe VBL-Geschäftsberichte 2006 und 2011, Statistischer Teil). Der Zuwachs beträgt insgesamt 137 Prozent gegenüber dem Jahr 2002 bzw. durchschnittlich 10 Prozent pro Jahr. Auch im Jahr 2011 ist das Vermögen der VBL gegenüber dem Vorjahr um über 8 Prozent gestiegen.

Das Vermögen macht demnach das knapp 4-Fache der jährlichen Versorgungsausgaben der VBL aus. Die finanzielle Situation der VBL sieht sowohl von der Vermögensseite als auch von der Einnahmen-/Ausgabenseite im Jahr 2011 außerordentlich stabil aus.

2. Anzahl der Rentner bei der VBL

2.1. Tatsächliche Anzahl aller Rentner 2002-2011 im Vergleich zu den Prognosen laut Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005

Zu den **VBL-Rentnern (West)** im weitesten Sinne zählen:

- Versicherungsrentner aus aktiver Pflichtversicherung (siehe spezielles Kapitel 2.3)
- Hinterbliebenenrentner aus Pflichtversicherung
- Versicherungs- und Hinterbliebenenrentner aus beitragsfreier Versicherung.

In Tabelle 6 wird die zunächst die tatsächliche Anzahl der gesamten Rentner (West) mit der Prognose laut Drittem Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 verglichen:

Tabelle 6: Anzahl der VBL-Rentner gesamt (West) in Tausend

| Jahr | progn. Rentneranzahl* | tats. Rentneranzahl** |
|-------------|------------------------------|------------------------------|
| 2003 | 966 | 966 |
| 2004 | 1.007 | 984 |
| 2005 | 1.041 | 994 |
| 2006 | 1.073 | 1.000 |
| 2007 | 1.106 | 1.009 |
| 2008 | 1.133 | 1.025 |
| 2009 | 1.161 | 1.035 |
| 2010 | 1.190 | 1.043 |
| 2011 | 1.214 | 1.048 |

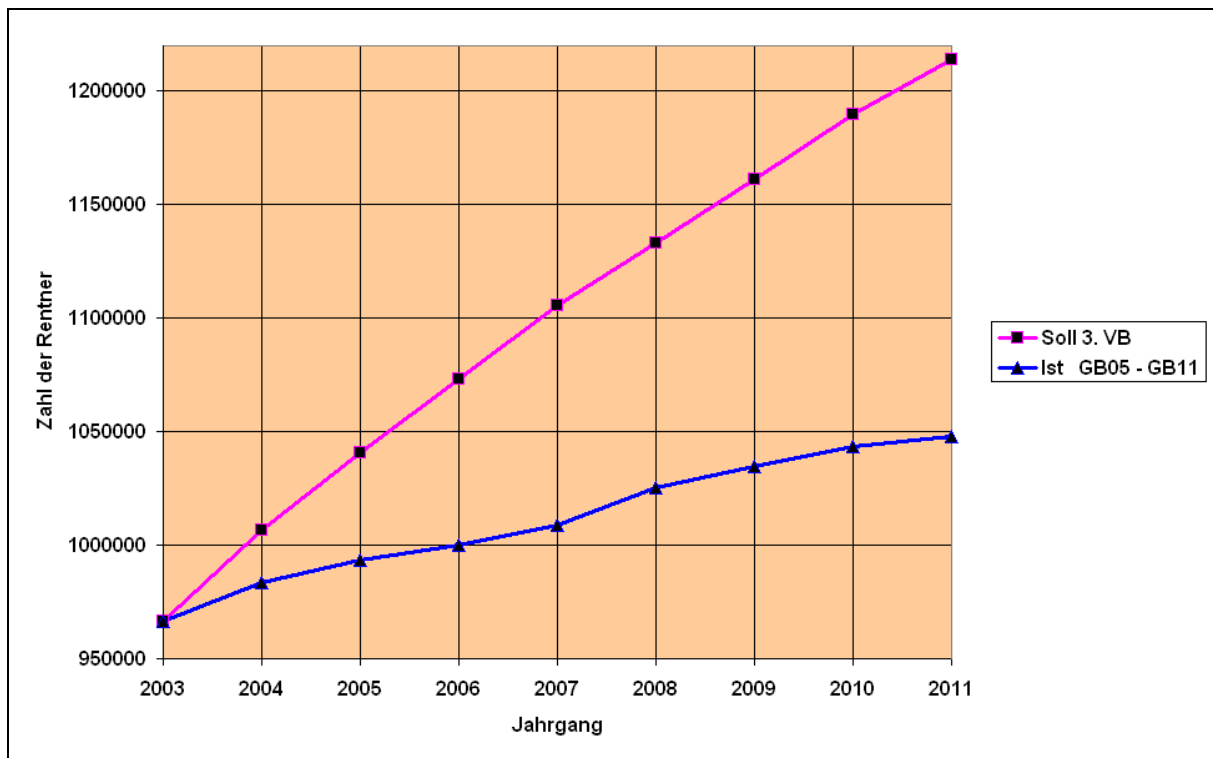
*) Dritter Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 [Ref. 4], Tab. A II 24
**) Vierter Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2009 [Ref. 11] sowie VBL-Geschäftsberichte, 2006 und 2011, Statistischer Teil, Anl. 9a, Seite 26

Die tatsächliche Anzahl aller VBL-Rentner (West) lag im Jahr 2011 um rund 14 Prozent unter der noch im Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2005 prognostizierten Zahl. Im Vergleich zu 2002 ist die Zahl der Rentner insgesamt nur um tatsächlich 10 Prozent bzw. durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr gestiegen. Der prognostizierte Anstieg um insgesamt 28 Prozent bzw. 2,7 Prozent pro Jahr geht deutlich darüber hinaus.

Offensichtlich wurde das ab dem Jahr 2005 stark **veränderte Renteneintrittsverhalten** (weniger Frühverrentungen, mehr Regelaltersrenten zum vollendeten 65. Lebensjahr) nicht in der Prognose berücksichtigt. Die Zahl der Rentenneuzugänge ging beispielsweise um 16 Prozent im Jahr 2005 und um 7 Prozent im Jahr 2006 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zurück. Da die Rentenneuzugänge nur noch gering über den Rentenabgängen (Wegfall von Renten durch Tod) lagen, stieg die tatsächliche Rentneranzahl in den Jahren 2006 und 2007 nur noch minimal.

Der Soll-Ist-Vergleich in Grafik 2 zeigt die deutlichen Abweichungen zwischen der geschätzten und der tatsächlichen Anzahl der VBL-Rentner West. („GB05 - GB11“ meint die VBL Geschäftsberichte 2005 bis 2011).

Grafik 2: Soll-Ist-Vergleich bei der Zahl der Rentner



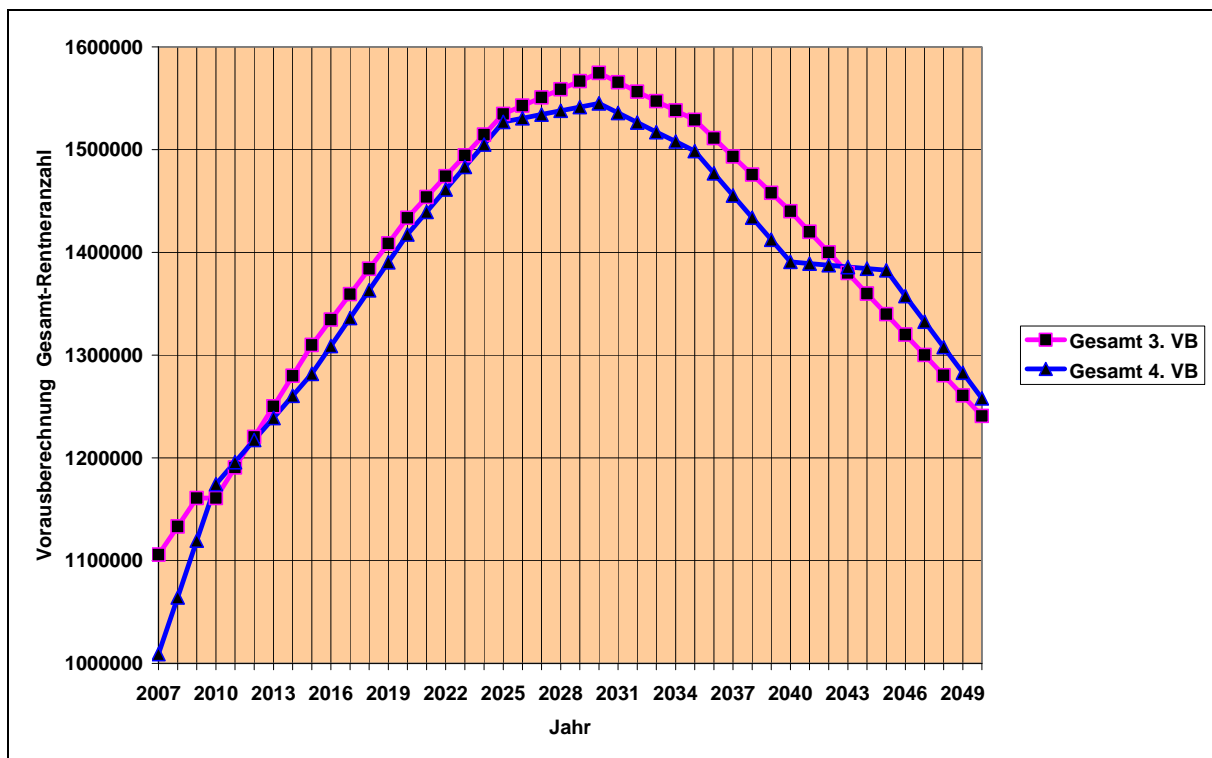
Diese drastischen Soll-Ist-Abweichungen sind keinesfalls nur auf versicherungsmathematische Annahmen hinsichtlich der Rentenanträge von beitragsfrei Pflichtversicherten zurückzuführen, wie dies auf Seite 206 des 4. VB [Ref. 11] geschieht.

Die Behauptung, dass die Abweichungen nicht auf Änderungen im tatsächlichen Renteneintrittsverhalten beruhen (Seite 206 des 4. VB [Ref. 11]), ist völlig falsch. Laut Anlage 12a des Statistischen Teils zum GB VBL 2011 [Ref. 8] sind die **Rentenneuzugänge** von 40.040 im Jahr 2003 auf rund 35.735 im Jahr 2007 und 32.315 Personen im Jahr 2011 gesunken.

Die Schätzung der künftigen Rentnerzahl bis zum Jahr 2050 ist der folgenden Grafik 3 zu entnehmen, die sich auf die Zahlen des 3. VB und 4. VB [Ref. 4] bzw. [Ref. 11] stützt. Laut 4. VB [Ref. 11] ergeben sich bei der langfristigen Entwicklung zwischen dem 3. und 4. VB keine signifikanten Unterschiede, da die Abweichungen angeblich unter 5 Prozent lägen. Dass die tatsächliche Entwicklung der Rentnerzahlen von 2002 bis 2011 deutlich hinter der vorausgerechneten Entwicklung laut 3. VB zurückgeblieben ist, wird hierbei allerdings nicht im Geringsten berücksichtigt.

Laut Vorausberechnung im 4. VB von 2009 sollte die **tatsächliche Rentnerzahl von 1,009 Millionen in 2007** auf **1,175 Millionen im Jahr 2010** ansteigen, also um rund 16 Prozent bzw. durchschnittlich 5,2 Prozent pro Jahr in nur 3 Jahren (siehe Grafik 3).

Grafik 3: Vorausberechnung der Zahl der Renten bei VBL West



Dieser „**Rentnersprung**“ war eine bloße Erfindung des Büros mit damaligem Namen Bode, Grabner und Beye, das im Auftrag der VBL die Anzahl der Rentner bei der VBL West ermittelt hat. Laut Geschäftsbericht der VBL für 2010 gab es in der VBL West nur 1,043 Millionen Rentenempfänger. Dies sind 11,2 Prozent weniger als noch im Jahr 2007 prognostiziert.

Der Prognosefehler bei der Rentneranzahl setzt sich hinsichtlich der Schätzung der Versorgungsausgaben fort (siehe Kapitel 1). Der tatsächlich nicht vorhandene „Rentnersprung“ laut Bode/Grabner/Beye, VBL und 4. VB treibt die Versorgungsausgaben regelrecht in die Höhe und verzerrt das Bild.

Der sog. Rentnersprung findet erst ab 2015 oder 2020 statt, wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1950 bis 1955 in Rente gehen, mit Sicherheit aber nicht in den Jahren 2012 bis 2014, wo der geburtenschwache n „Nachkriegsjahrgänge“ 1948 bis 1950 nach Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren und 2 bis 4 Monaten in den Ruhestand treten.

Der deutliche „**Rentnersprung**“ um 17 Prozent bei den Versichertenrenten und um 15 Prozent bei den Hinterbliebenenrenten in nur drei Jahren von 2007 bis 2010 widersprach somit völlig der Realität. Der Grund für diesen behaupteten starken Anstieg lag ausschließlich in der Absicht, die Rentnerzahl im Jahr 2010 laut 4. VB [Ref. 11] in etwa auf dem Stand der Zahl laut 3. VB zu belassen, um so eine angeblich langfristig stabile Entwicklung der Rentneranzahl vorzuspiegeln. Erstaunlicherweise stimmt die Zahl der Versicherungsrentner im 4. VB [Ref. 11] bis auf nur 814 Personen mit der Zahl laut 3. VB [Ref. 4] überein. Dies ist eine Abweichung von nur 0,1 Prozent bzw. 1 Promille.

Merkwürdig ist auch, dass im 4. VB [Ref. 11] Rentnerzahlen für die Jahre 2008 und 2009 nicht mehr genannt werden. Offensichtlich sollten die zu erwartenden Abweichungen zwischen den Soll-Zahlen aus dem 3. und 4. VB nicht aufgedeckt werden.

Fazit:

Die prognostizierten Rentnerzahlen laut 4. VB [Ref. 11]] für die Jahre bis 2010 und darüber hinaus bis 2015 sind falsch. Sie haben nichts mit dem grundsätzlichen Prognoserisiko zu tun, sondern sind auf eine fehlende Analyse des Trends für die Jahre bis 2008 sowie der Anzahl der Pflichtversicherten aus den geburtenschwachen Jahrgängen 1943 bis 1950 zu tun. Die Zahlen von Bode/Grabner/Beye sind für eine realitätsgerechte Schätzung der Rentenempfänger sowie der Versorgungsausgaben VBL West nicht zu gebrauchen.

Grundsätzlich wäre es bei Vorausberechnungen von künftigen Rentnerzahlen zudem sinnvoller, nur von der **Anzahl der Versichertenrentner aus aktiver Pflichtversicherung** auszugehen, da die Zahl der aktiv Pflichtversicherten – getrennt nach Jahrgängen – feststeht und daher die künftige Zahl der Rentner aus aktiver Pflichtversicherung auf Grund der Altersschichtung in der VBL-Statistik recht zuverlässig geschätzt werden kann.

Würde dies beispielsweise geschehen, könnten auch die Rentnerzahlen von 2010 und bis zum Jahr 2015 sehr genau ermittelt werden. Die nochmalige Steigerung der Versicherungsrenten um 9,4 Prozent im Zeitraum von 2010 bis 2015 laut 4. VB [Ref. 11] würde sich dann ebenfalls als überhöht erweisen. Bei diesem erneuten „**Rentnersprung**“ über 5 Jahre und damit über das Jahr 2012 hinweg wird völlig vernachlässigt, dass die Renten neuzugänge in den Jahren 2012 bis

2015 wegen des Wegfalls der vorgezogenen Altersrenten für Frauen und wegen Arbeitslosigkeit bzw. Altersteilzeit (gilt für alle Jahrgänge ab 1952) deutlich zurückgehen werden. Der Wegfall dieser vorgezogenen Altersrenten mit 60 Jahren wurde bereits im Jahr 2004 auf Grund des Rentennachhaltigkeitsgesetzes beschlossen. Die Auswirkungen dieses Abbaus von Frührenten auf die künftige Rentnerzahl ab 2012 hätte somit zumindest im 4. VB [Ref. 11] berücksichtigt werden müssen, was aber offensichtlich nicht geschehen ist. Somit sind auch die prognostizierten Rentnerzahlen für die Jahre 2012 bis 2015 deutlich überhöht.

2.2. Tatsächliche und prognostizierte Anzahl der Versicherungsrentner

Aussagekräftiger als die Anzahl der Rentenempfänger insgesamt sind – wie am gerade erwähnt - die Zahlen über die „reinen“ Versicherungsrentner in der VBL West aus aktiver Pflichtversicherung, also ohne Hinterbliebenenrentner (Witwen, Witwer, Vollwaisen und Halbwaisen) und ohne Rentner aus beitragsfreier Versicherung. Die Anzahl dieser Rentner im engeren Sinne ist von 2004 bis 2011 nur noch minimal um insgesamt 1,5 Prozent bzw. lediglich 0,2 Prozent pro Jahr gestiegen. Im Jahr 2006 kamen beispielsweise lediglich 135 Rentner und im Jahr 2011 nur 178 Rentner gegenüber dem Vorjahr hinzu, was de facto einen Stillstand in diesen beiden Jahren bedeutete. Dieser minimale

Tabelle 7: Anzahl der Versicherungsrentner (West) aus Pflichtversicherung

| Jahre | Versicherungsrentner* |
|---|----------------------------------|
| 2002 | 684.070 |
| 2003 | 693.132 (+ 1,3 % gegenüber 2002) |
| 2004 | 696.845 (+ 0,5 % „ 2003) |
| 2005 | 699.415 (+ 0,4 % „ 2004) |
| 2006 | 699.550 (+ 0,0 % „ 2005) |
| 2007 | 701.801 (+ 0,3 % „ 2006) |
| 2008 | 703.380 (+ 0,2 % „ 2007) |
| 2009 | 705.525 (+ 0,2 % „ 2008) |
| 2010 | 707.190 (+ 0,2 % „ 2009) |
| 2011 | 707.368 (+ 0,0 % „ 2010) |
| 2012-2015 | 708.782 bis 713.044 |
| *) bis 2011: tatsächliche Anzahl laut VBL-Geschäftsberichten 2006, 2010 und 2011, Statistischer Teil, Anlage 9a, Seite 26 von 2011 bis 2015: geschätzte Anzahl (<i>kursiv</i>) | |

Anstieg wurde im Übrigen von den Verfassern des Zusatzversorgungsberichts 2009 bereits so prognostiziert. Die Abweichung zwischen der Prognose laut Zusatzversorgungsbericht 2009 [Ref. 16] und tatsächlicher Anzahl der

Versicherungsrentner laut VBL-Geschäftsbericht 2008² machte nur 26 Personen aus, was nicht einmal im Promillebereich liegt.

Die nur noch um durchschnittlich 0,2 Prozent pro Jahr ansteigende Rentneranzahl in der Prognose für 2012 bis 2015 kann mit der Entwicklung der Rentneranzahl von 2004 bis 2011 begründet werden.

Da ab dem Jahr 2012 vorgezogene Altersrenten (Frauen-Altersrente und Rente wegen Altersteilzeit) bei den Jahrgängen ab 1952 wegfallen und der Anteil von Regelaltersrenten zum vollendeten 65. Lebensjahr (bis Jahrgang 1946) wegen der Anhebung der Regelaltersgrenze ab Jahrgang 1947 stufenweise steigt, kann es im Jahr 2012 und in den folgenden drei Jahren erstmalig zum Stillstand oder Rückgang bei der Rentneranzahl kommen.

Ende 2011 verteilten sich die **Noch-Pflichtversicherten sowie Rentner der Jahrgänge 1946 bis 1956** wie folgt:

Tabelle 8: Noch-Pflichtversicherte sowie Rentner der Jahrg. 1946 bis 1956

| Jahrgänge | Pflichtversicherte* | Rentner* | Pflichtversicherte und Rentner |
|-----------|---------------------|----------|--------------------------------|
| 1946 | 1.387 | 32.940 | 34.327 |
| 1947 | 14.215 | 24.518 | 38.733 |
| 1948 | 18.876 | 21.702 | 40.578 |
| 1949 | 26.732 | 16.344 | 43.076 |
| 1950 | 30.357 | 13.555 | 43.912 |
| 1951 | 34.053 | 8.759 | 42.812 |
| 1952 | 38.707 | 4.323 | 43.030 |
| 1953 | 39.667 | 3.779 | 43.446 |
| 1954 | 41.481 | 3.436 | 44.917 |
| 1955 | 42.357 | 2.992 | 45.349 |
| 1956 | 43.887 | 2.671 | 46.558 |

*) Quelle: VBL-Geschäftsbericht von 2011, Statistischer Teil, Anl. 7 und 10, S. 21 und 29

Ab dem Jahrgang 1953 steigt die Gesamtzahl der Pflichtversicherten und Rentner von rund 43.500 bis auf einen Höchstwert von rund 50.000 beim Jahrgang 1961 („Babyboom“) und sinkt anschließend relativ schnell bis auf rund 40.000 beim Jahrgang 1968 („Pillenknicke“).

Die Anzahl der Versicherungsrentner in den Jahren 2012 bis 2015 hängt ganz entscheidend vom **Renteneintrittsverhalten** der erwähnten Jahrgänge ab. Das

² Seit mehreren Jahren wird der VBL-Geschäftsbericht in zwei Teilen (allgemeiner Teil, statistischer Teil) herausgegeben. Nur der allgemeine Teil ist jeweils öffentlich (z.B. im Internet) zugänglich.

durchschnittliche Rentenzugangsalter lag 2011 bei 62,6 Jahren laut VBL-Geschäftsbericht. Die Rentennewugänge teilten sich in diesem Jahr wie folgt auf (siehe VBL-Geschäftsbericht von 2011, Anlage 12a, Statistischer Teil, Seite 36) (siehe Ref. 8).

Tabelle 9: Rentennewugänge in 2011

| | |
|--|------|
| Regelaltersrente mit 65 Jahren: | 32 % |
| Altersrente wegen langjähriger Beschäftigung (meist mit 63): | 8 % |
| Altersrente wegen Schwerbehinderung (mit 60 bis 63): | 15 % |
| Altersrente nach Altersteilzeit (mit 60 bis 63): | 8 % |
| Frauen-Altersrente (mit 60 bis 63): | 23 % |
| Erwerbsminderungsrente (meist unter 60): | 14 % |

In Abhängigkeit vom vollendeten Lebensjahr bzw. Jahrgang ergab sich folgende Verteilung in 2011 (siehe VBL-Geschäftsbericht von 2011, Anlage 13a-b, Statistischer Teil, Seite 39 in Verbindung mit Anlage 12a, Seite 36)

Tabelle 10: Rentennewugänge in 2011 nach Jahrgängen

| | |
|---|------|
| vollendetes 64. und 65. Lebensjahr (Jahrgänge 1946 und 1947): | 38 % |
| vollendetes 63. Lebensjahr (Jahrgang 1948): | 19 % |
| vollendetes 61. und 62. Lebensjahr (Jahrgänge 1949 und 1950): | 11 % |
| vollendetes 60. Lebensjahr (Jahrgang 1951): | 19 % |
| alle übrigen (Jahrgänge ab 1952): | 13 % |

Somit entfielen drei Viertel der Rentennewugänge im Kalenderjahr 2011 auf die Geburtsjahrgänge 1946 bis 1948 sowie 1951.

Es ist damit zu rechnen, dass sich der Anteil der Regelaltersrenten weiter auf deutlich über 30 Prozent und das durchschnittliche Renteneintrittsalter auf 63 und mehr Jahre im Laufe des Zeitraums von 2012 bis 2015 erhöhen wird.

3. Rentenhöhe: Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge bei der VBL

3.1. Tatsächliche Rentenzahlbeträge 2002-2011 im Rentenbestand und bei Rentennewuzugängen

Die Höhe der Zusatzrente wird in den Versorgungsberichten der Bundesregierung sowie den Geschäftsberichten der VBL typischerweise durch Angabe des durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlbetrags ermittelt. Unter dem **Rentenzahlbetrag** ist die monatliche Brutto-Zusatzrente nach Abzug des Eigenanteils an der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung von zurzeit 17,7 Prozent der Bruttorente zu verstehen. In den Geschäftsberichten der VBL wird seit 2002 der folgende durchschnittliche monatliche Rentenzahlbetrag ausgewiesen:

Tabelle 11: Rentenzahlbetrag 2002 - 2011

| Jahre | durchschn. monatl. Rentenzahlbetrag im Rentenbestand* |
|-------|---|
| 2002 | 385 Euro |
| 2003 | 393 Euro (+ 2,1 % gegenüber 2002) |
| 2004 | 398 Euro (+ 1,3 % „ 2003) |
| 2005 | 402 Euro (+ 1,0 % „ 2004) |
| 2006 | 405 Euro (+ 0,7 % „ 2005) |
| 2007 | 408 Euro (+ 0,7 % „ 2006) |
| 2008 | 411 Euro (+ 0,7 % „ 2007) |
| 2009 | 413 Euro (+ 0,5 % „ 2008) |
| 2010 | 413 Euro (+/- 0 % „ 2009) |
| 2011 | 415 Euro (+ 0,5 % „ 2011) |

*) Quelle: VBL-Geschäftsberichte, 2006 und 2011, Statist. Teil, Anl. 16a

Zunächst einmal erscheint eine Steigerung des monatlichen Rentenzahlbetrages von Jahr zu Jahr recht positiv. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass laufende Bestandsrenten ab dem Jahr 2002 jeweils zum 1. Juli eines jeden Jahres um 1 Prozent erhöht werden. Daraus folgt unmittelbar, dass ab dem Jahr 2006 die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge für die Renten der Neuzugänge unter den genannten 405 bis 415 Euro liegen müssen.

Leider weisen die Geschäftsberichte der VBL nicht den durchschnittlichen Rentenzahlbetrag für Neuzugänge aus. Im Vierten Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2009 finden sich aber zumindest Vergleichszahlen für die Jahre 2002 und 2006. Danach stieg der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei

den Neuzugängen von 354 Euro in 2002 auf 378 Euro in 2006 und speziell bei den Neuzugängen für Regelaltersrenten von 440 auf 488 Euro.

Der Rentenzahlbetrag für Neuzugänge ab 2007 kann daher nur geschätzt werden. Wenn man davon ausgeht, dass rund 5 % der Versicherungsrenten auf Neuzugänge entfallen (zum Beispiel 35.000 gleich 5 % von rund 700.000 Versicherungsrenten in den Jahren 2007 bis 2010), werden die übrigen 95 % der Versicherungsrenten laufende Bestandsrenten sein, die jährlich um 1 Prozent steigen. Auf einen Neurentner kommen also in etwa 19 Altrentner.

Dazu ein Zahlenbeispiel für das Jahr 2011: Der monatliche Zahlbetrag von 413 Euro aus dem Jahr 2010 steigt um 1 Prozent auf 417,13 Euro, also für 19 Altrentner auf insgesamt 7.925 Euro. Nach dem Abzug von 20 Renten à 413 Euro (durchschnittlicher Zahlbetrag im Jahr 2010) bzw. 8.260 Euro errechnet sich ein Rest von 335 Euro für den einen Neurentner. Also liegt der durchschnittliche monatliche Rentenzahlbetrag für Neuzugänge im Jahr 2011 bei geschätzten 335 Euro. Dies sind immerhin 18 Prozent unter dem durchschnittlichen Rentenzahlbetrag in Höhe von 415 Euro im Rentenbestand.

Allgemeine Formel:

$$\text{durchschnittlicher monatlicher Zahlbetrag für Neuzugänge} \\ = (100 \times \text{neuer Zahlbetrag} - 95 \times \text{alter Zahlbetrag} \times 1,01) : 5$$

Beispiel für 2011:

$$((100 \times 413) - (95 \times 413 \times 1,01)) : 5 = (41300 - 39627) : 5 = 1.673 : 5 = 335 \text{ Euro}$$

Die

Tabelle 12 weist nun die **durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlbeträge für die Renten neuzugänge** nach der oben beschriebenen Berechnungsmethode aus:

Tabelle 12: Durchschnittliche monatlichen Rentenzahlbeträge für die Renten neuzugänge

| Jahre | durchschn. monatl. Rentenzahlbetrag für Renten neuzugänge |
|-------|---|
| 2002 | 462 Euro (+ 20 % gegenüber Bestandsrente) |
| 2003 | 493 Euro (+ 25 % „ „) |
| 2004 | 424 Euro (+ 7 % „ „) |
| 2005 | 402 Euro (+ 0 % „ „) |
| 2006 | *386 Euro (./ 5 % „ „) |
| 2007 | 388 Euro (./ 5 % „ „) |
| 2008 | 390 Euro (./ 5 % „ „) |
| 2009 | 373 Euro (./ 10 % „ „) |
| 2010 | 335 Euro (./ 19 % „ „) |
| 2011 | 335 Euro (./ 19 % „ „) |

*) exakt 378 Euro laut Viertem Versorgungsbericht der Bundesregierung von 2010 [Ref. 11]

Beim Vergleich der Rentenzahlbeträge für Neuzugänge mit den Rentenzahlbeträgen im Bestand fällt auf, dass die Neurenten in den Jahren 2002-2004 über den Bestandsrenten lagen, im Jahr 2005 auf gleicher Höhe und in den Jahren 2006 bis 2008 jeweils rund 5 Prozent darunter. Das Sinken der Neurenten unter die Bestandsrenten in den Jahren 2006 bis 2008 kann mit dem steigenden Gewicht der ab 2002 eingeführten Punkterente sowie dem wachsenden Anteil von rentenfernen Jahrgängen (ab 1947), die vorzeitig mit 60 Jahren oder wegen Erwerbsminderung vor Vollendung des 60. Lebensjahres in Rente gingen, erklärt werden. Im Jahr 2010 ist die Neurente sogar um 19 Prozent unter die Bestandsrente gesunken. Ein weiteres drastisches Sinken ist ab dem Jahr 2012 zu befürchten, wenn nur noch die ehemals rentenfernen Jahrgänge ab 1947 in Rente gehen.

In den Jahren 2002 bis 2011 gab es insgesamt rund **344.000 Rentenneuzugänge**, von denen schätzungsweise 75 Prozent auf Rentennahe (bis 1946) und 25 Prozent auf Rentenferne (ab 1947) entfielen. Anders ausgedrückt: Das Verhältnis von Rentennahen zu Rentenfernen war 3 : 1 im Durchschnitt dieser 9 Jahre. Eine deutliche Reduzierung dieses zahlenmäßigen Verhältnisses von Rentennahen zu Rentenfernen auf 3 : 1 erfolgte bereits im Jahr 2007, als schätzungsweise 6.000 ehemals Rentenferne des Jahrgangs 1947 vorzeitig mit 60 Jahren in Rente gingen (fast ausschließlich Frauen-Altersrenten oder vorgezogene Altersrenten wegen Schwerbehinderung oder nach Altersteilzeit). Im Jahr 2011 lag das Verhältnis von Rentennahen zu Rentenfernen hingegen bereits bei 1 : 3. Das heißt, zwei von drei Neurentnern im Jahr 2011 zählten zu den rentenfernen Jahrgängen ab 1947. Ab 2012 gehen dann nur noch ehemals rentenfernen Jahrgänge in Rente.

3.2. Künftige Rentenzahlbeträge in 2012-2015 für Rentenbestand und Rentenneuzugänge

Die künftigen Rentenzahlbeträge im Bestand werden in den Jahren 2012 bis 2015 in etwa auf der Höhe von 415 Euro wie im Jahr 2011 verbleiben und die Rentenzahlbeträge für die jeweiligen Rentenneuzugänge bei 335 Euro.

Gerade im Jahr 2012 fallen nach dieser Schätzung die Neurenten weiter unter die Bestandsrenten, da ab 2012 nur noch ausschließlich ehemals rentenferne Jahrgänge ab 1947 in Rente gehen. Die spätestens seit dem Jahr 2006 einsetzende schleichende Entwertung der Zusatzrente wird sich in den nächsten Jahren beschleunigt fortsetzen.

Eine erste Schätzung der künftigen durchschnittlichen Rentenzahlbeträge für die Jahrgänge 1947 bis 1951 erfolgte in der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Deutschen Rentenversicherung (DRV) in Auftrag gegebenen und von Infratest erstellten **AVID-Studie 2005** [Ref. 6]. Danach sind

folgende Rentenzahlbeträge bei VBL West zu erwarten (siehe **Grafik 4** zu den Rentenzahlbeträgen für Frauen und Männer, hier besonders interessant der linke Teil dieser Grafik zu den Zusatzrenten in den alten Bundesländern).

Der **drastische Rückgang des Rentenzahlbetrags** auf nur noch 318 Euro bei den ersten rentenfernen Jahrgängen 1947 bis 1951, also rund 25 Prozent weniger gegenüber der Jahrgangsguppe 1942 bis 1946, überrascht auf den ersten Blick. Der Grund liegt in der deutlich ungünstigeren Berechnungsmethode für die Rentenanwartschaften bis zum 31.12.2001 (sog. Startgutschriften) für die ehemals rentenfernen Jahrgänge (ab 1947) im Vergleich zu den ehemals rentennahen Jahrgängen (bis 1946).

Dieser Rückgang des Rentenzahlbetrags wirkt sich spätestens mit dem Renteneintritt des ersten rentenfernen Jahrgangs 1947 im Jahr 2012 aus. Der sinkende Rentenzahlbetrag für Neuzugänge wird auch den Rentenzahlbetrag im Bestand nur noch leicht ansteigen oder zum Stillstand kommen lassen. Entsprechende Berechnungen bis zum Jahr 2015 fanden sich auch bereits im **Zusatzversorgungsbericht 2009** [Ref. 16] der Verfasser.

Der geschätzte durchschnittliche monatliche Rentenzahlbetrag von nur 335 Euro in den Jahren 2012 bis 2015 liegt nur geringfügig über dem Zahlbetrag in Höhe von 318 Euro laut **AVID-Studie 2005** (Seite 44) [Ref. 6]. Dieser „**Rentensturz**“ insbesondere für die am 31.12.2001 alleinstehenden rentenfernen Pflichtversicherten wird im **VSZ-Gutachten „Rentenkürzungen für ältere, alleinstehende Rentenferne“** [Ref. 14], das dem Bundesverfassungsgericht vorliegt, mathematisch nachgewiesen.

Für den starken Einbruch der Zahlbeträge für die Jahrgänge 1947-1951 um 25 Prozent gegenüber den Jahrgängen 1942-1946 kann es nur eine einzige plausible Erklärung geben. Die rentennahen Jahrgänge (bis 1946) erhielten zum 31.12.2001 Rentenanwartschaften, deren Berechnung sich weitgehend an die frühere Versorgungsrenten anlehnte. Im Gegensatz dazu wurden die Rentenanwartschaften zum 31.12.2001 bei den rentenfernen Jahrgängen (ab 1947) nach einer Berechnungsformel in § 18 des Betriebsrentengesetzes ermittelt, was zu deutlich niedrigeren Rentenzahlbeträgen führt.

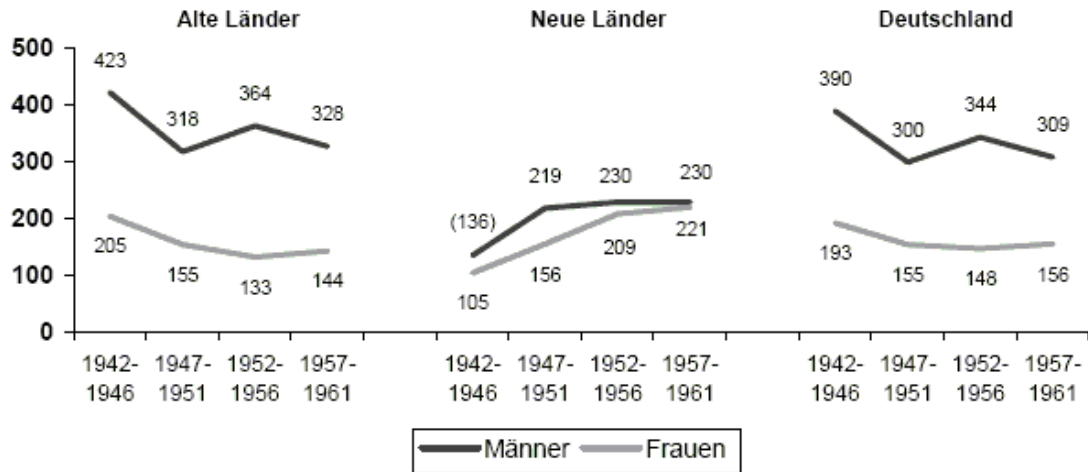
Der monatliche Zahlbetrag für alle Rentner steigt im Übrigen nicht mehr, wenn die Neurentner einen im Vergleich zu den Altrentnern um 19 Prozent geringeren Zahlbetrag erhalten. Eine Überschlagsrechnung verdeutlicht dies: 19 Altrentner erhalten 1 Prozent mehr gleich insgesamt 19 Prozent. Wenn der eine Neurentner 19 Prozent weniger bekommt, bleibt der Zahlbetrag für alle Rentner gleich.

Dies sind nicht nur reine Zahlenspielerien. Ab dem Jahr 2012 gehen nur noch ehemals rentenferne Jahrgänge (ab 1947) in Rente. Dann wird das Niveau der Neurentner um rund ein Fünftel nach dieser Überschlagsrechnung oder sogar um rund ein Viertel nach der AVID-Studie 2005 sinken.

Grafik 4: Projizierte Anwartschaften gemäß Seite 44 der AVID-Studie 2005

Höhe der projizierten Anwartschaften auf eigene Leistungen der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst im 65. Lebensjahr (Zahlbetrag pro Bezieher) nach Geburtskohorten ¹⁾

– Deutsche der Geburtskohorten 1942-1961 mit projizierter ZÖD-Anwartschaft, alte und neue Länder, Deutschland (in €)



¹⁾ Zahlbetrag nach Abzug des Eigenanteils zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner und vor einer eventuellen Veranlagung zur Einkommensteuer.

Quelle: Tab. I-3006e

Altersvorsorge in Deutschland 2005

4. Brutto-Zusatzrenten bei der VBL

4.1. Tatsächliche Brutto-Zusatzrenten in 2011

Die **Brutto-Zusatzrente** setzt sich zusammen aus der Punkterente ab 2002 und der Rentenanwartschaft bis zum 31.12.2001 (Startgutschrift), und zwar vor Abzug des Eigenanteils zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von mittlerweile bis zu 17,7 Prozent der Bruttorente.

Beispiel: Die Hochrechnung des Rentenzahlbetrages von 335 Euro für Neuzugänge im Jahr 2011 ergibt eine Brutto-Zusatzrente von 407 Euro. Dies sind 13 Prozent des VBL-Durchschnittsverdienstes von 3.183 Euro im Jahr 2011 oder 0,32 Prozent pro Jahr bei insgesamt 40 Pflichtversicherungsjahren.

Da der durchschnittliche Rentenzahlbetrag im Bestand bei 415 Euro im Jahr 2011, liegt wie im Jahr 2010, errechnet sich durch Hochrechnung eine entsprechende Brutto-Zusatzrente von 504 Euro pro Monat.

4.2. Künftige Zusatzrenten 2012-2015 für Rentenferne

Ab 2012 können sich unter den Rentenneuzugängen nur noch ehemals Rentenferne (ab Jahrgang 1947) befinden. Deren Zusatzrente wird ausschließlich von der Punkterente ab 2002 und der nach § 18 des Betriebsrentengesetzes berechneten Startgutschrift zum 31.12.2001 bestimmt.

Frappierend ist der regelrechte Einbruch bei den Jahrgängen 1947 bis 1951. Rentenzahlbeträge und Brutto-Zusatzrenten liegen in dieser Jahrgangsguppe 25 Prozent unter den Vergleichswerten für die Jahrgänge 1942 bis 1946.

Für den Jahrgang 1947 errechnet sich ein Zahlbetrag von 368 Euro bzw. eine Brutto-Zusatzrente von 447 Euro unter folgenden Annahmen:

Tabelle 13: Annahmen zum Beispiel eines Zahlbetrags aus Bruttorente

Geburtsdatum: 30.1.1947

Rentenbeginn: 1. März 2012 (nach Vollendung des 65. Lebensjahres plus 1 Monat)

monatlicher Durchschnittsverdienst brutto: 2.776 Euro in 2001, 3.000 Euro in 2008, danach jährliche Gehaltssteigerung 1,5 Prozent, also 3.184 Euro in 2012

Familienstand am 31.12.2001: verheiratet

Pflichtversicherungsjahre bis Ende 2001: 30 Jahre

zusätzliche Pflichtversicherungsjahre von Anfang 2002 bis März 2012: 10 Jahre
gesamte Pflichtversicherungsjahre bis zum Renteneintritt: 40 Jahre
Bonuspunkte von je 0,25 % für die Jahre 2005 bis 2007

Die Brutto-Zusatzrente von 444 Euro teilt sich wie folgt auf:

| | |
|--|-----------------|
| Startgutschrift für 30 Jahre zum 31.12.2001: | 338 Euro |
| <u>Punkterente für 10 Jahre:</u> | <u>106 Euro</u> |
| = Brutto-Zusatzrente | 444 Euro |

Die Brutto-Zusatzrente macht knapp 14 Prozent des letzten Bruttogehalts von 3.232 Euro in 2012 bzw. 0,34 Prozent durchschnittlich pro Jahr aus.

Deutlich niedrigere Startgutschriften und Zusatzrenten ergeben sich, wenn der ehemals Rentenferne am 31.12.2001 alleinstehend war. Die Startgutschrift fällt auf 223 Euro (bei insgesamt 40 Pflichtversicherungsjahren) und die Brutto-Zusatzrente auf 322 Euro. Die Zusatzrente macht jetzt nur noch 0,25 Prozent des Endgehalts pro Jahr aus. De facto wird die Zusatzrente gegenüber der bis Ende 2001 durchschnittlich gezahlten Nettogesamtversorgungsrente von 0,5 Prozent pro Jahr halbiert (siehe auch Studie der Verfasser [„Halbierte Zusatzrenten für ältere, alleinstehende Rentenferne“](#) [Ref. 5]).

Beim Vergleich des Zahlbetrags von 318 Euro bzw. der Zusatzrente in Höhe von 378 Euro (bei 15,9 Prozent Beitrag zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in 2005) laut [AVID-Studie 2005](#) [Ref. 6] mit den errechneten Zahlen für einen Durchschnittsverdiener auf Basis des Jahres 2010 (also ohne jährliche Gehaltssteigerung von 1,5 Prozent ab 2010) fällt auf, dass die Brutto-Zusatzrente für Verheiratete des Jahrgangs 1947 um 17 Prozent über und die für Alleinstehende um 13 Prozent unter der durchschnittlichen AVID-Zusatzrente liegt. Wenn man davon ausgeht, dass drei Viertel der Rentenfernen zum Stichtag 31.12.2001 verheiratet und ein Viertel alleinstehend waren, errechnet sich ein Durchschnittsbetrag von 415 Euro auf Basis des Jahres 2010. Berücksichtigt man eine durchschnittliche jährliche Gehaltssteigerung von 1,5 Prozent ab 2005 (Basisjahr 2005 bei [AVID-Studie 2005](#) [Ref. 6]), würde die auf das neue Basisjahr 2010 hochgerechnete Zusatzrente 407 Euro ausmachen.

4.3. Künftige Zusatzrenten ab 2016

Für die Jahrgänge 1952 bis 1975 mit Durchschnittsverdienst und jeweils 40 Pflichtversicherungsjahren lassen sich folgende **künftige Zusatzrenten** errechnen:

Tabelle 14: Künftige Zusatzrenten (40 Pflichtversicherungsjahre)

| Jahrgang | Startgutschrift | | Punkterente ab 1.1.2002 | Zusatzrente | |
|----------|-----------------|-----------|----------------------------|-------------|-----------|
| | verheir. | alleinst. | | verheir. | alleinst. |
| 1952 | 281 € | 187 € | 131 € | 462 € | 368 € |
| 1956 | 224 € | 165 € | 242 € | 466 € | 407 € |
| 1961 | 168 € | 134 € | 337 € | 505 € | 471 € |
| 1965 | 112 € | 96 € | 415 € | 527 € | 511 € |
| 1970 | 55 € | 49 € | 527 € | 582 € | 576 € |
| 1975 | --- | --- | 656 € | 656 € | 656 € |

Es fällt auf, dass die Unterschiede bei der Zusatzrente zwischen Verheirateten und Alleinstehenden relativ groß sind bei den älteren Jahrgängen. Erst ab Jahrgang 1975 ist die Höhe der Zusatzrente unabhängig vom Familienstand, sofern sich die Berechnung der Zusatzrente bei 40 Pflichtversicherungsjahren allein auf die Punkterente ab 1.1.2002 stützt.

Offensichtlich spielt also der Familienstand zum 31.12.2001 eine besonders große Rolle bei den Älteren. Im nächsten Kapitel wird daher untersucht, wie die Startgutschriften zum 31.12.2001 berechnet werden.

5. Rentenanwartschaften zum 31.12.2001 (sog. Startgutschriften)

5.1. Tatsächliche Startgutschriften für rentennahe Jahrgänge (bis 1946)

Bei der Zusatzrente für rentennahe Jahrgänge (bis 1946) macht die neue Punkterente ab 2002 nur einen sehr geringen Teil aus. Umso größer ist der Anteil der Startgutschrift zum 31.12.2001. Die Berechnung dieser **Startgutschrift für rentennahe Jahrgänge** lehnt sich sehr stark an das bis Ende 2001 geltende alte Nettogesamtversorgungssystem an und erfordert eine Fülle von Einzelberechnungen.

Im Einzelnen hängt die Startgutschrift für rentennahe Jahrgänge von folgenden Faktoren ab:

- Höhe des gesamtversorgungsfähigen Entgelts in 2001 (ermittelt aus dem Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2001)
- Höhe des Nettoversorgungssatzes (abhängig von zur Hälfte anrechenbaren Vordienstzeiten sowie der Anzahl der Pflichtversicherungsjahre bis zum 31.12.2001)
- Höhe der Lohnsteuer inkl. Solidaritätszuschlag (abhängig von Steuerklasse I/0 für Alleinstehende ohne kindergeldberechtigte Kinder am 31.12.2001 und III/0 für alle anderen) und des Arbeitnehmeranteils an den Sozialabgaben
- auf das vollendete 63. Lebensjahr hochgerechnete gesetzliche Rente
- zusätzliche Werte wie Ausgangswert (Mindestversorgungsrente in Höhe von 0,4 Prozent des gesamtversorgungsfähigen Entgelts pro vollem Pflichtversicherungsjahr) oder Mindestgesamtversorgung.

Aufgrund dieser Vielzahl von Faktoren ist eine pauschale Schätzung der Startgutschrift für Rentennahe (bis 1946) nur schwer möglich. Hinweise auf einen Durchschnittswert von 0,5 Prozent des Verdienstes in 2001 pro vollem Pflichtversicherungsjahr gibt es dennoch. Die Startgutschrift für Rentennahe sollte aus Besitzstandsgründen auf dem Niveau der bis Ende 2001 geltenden Nettogesamtversorgungsrente von durchschnittlich 0,5 Prozent pro Jahr gelten.

Außerdem soll das Leistungsniveau der ab 2002 geltenden Punkterente bei 40 bis 45 Pflichtversicherungsjahren rund 20 Prozent unter dem Niveau der alten Nettogesamtversorgungsrente liegen, was einem jährlichen Satz von 0,4 Prozent pro Jahr entspricht. Insofern kann die Startgutschrift für Rentennahe durchaus

mit durchschnittlich 0,5 Prozent pro Jahr angesetzt werden, wobei die individuell berechnete Startgutschrift deutlich streut von 0,4 bis über 0,6 Prozent pro Jahr.

5.2. Tatsächliche Startgutschriften für rentenferne Jahrgänge (ab 1947)

Die **Startgutschriften für rentenferne Jahrgänge** (ab 1947) werden grundsätzlich nach der Berechnungsformel gem. § 18 Abs. 2 Nr. 1 Betriebsrentengesetz ermittelt. Ihre Höhe hängt von folgenden Faktoren ab:

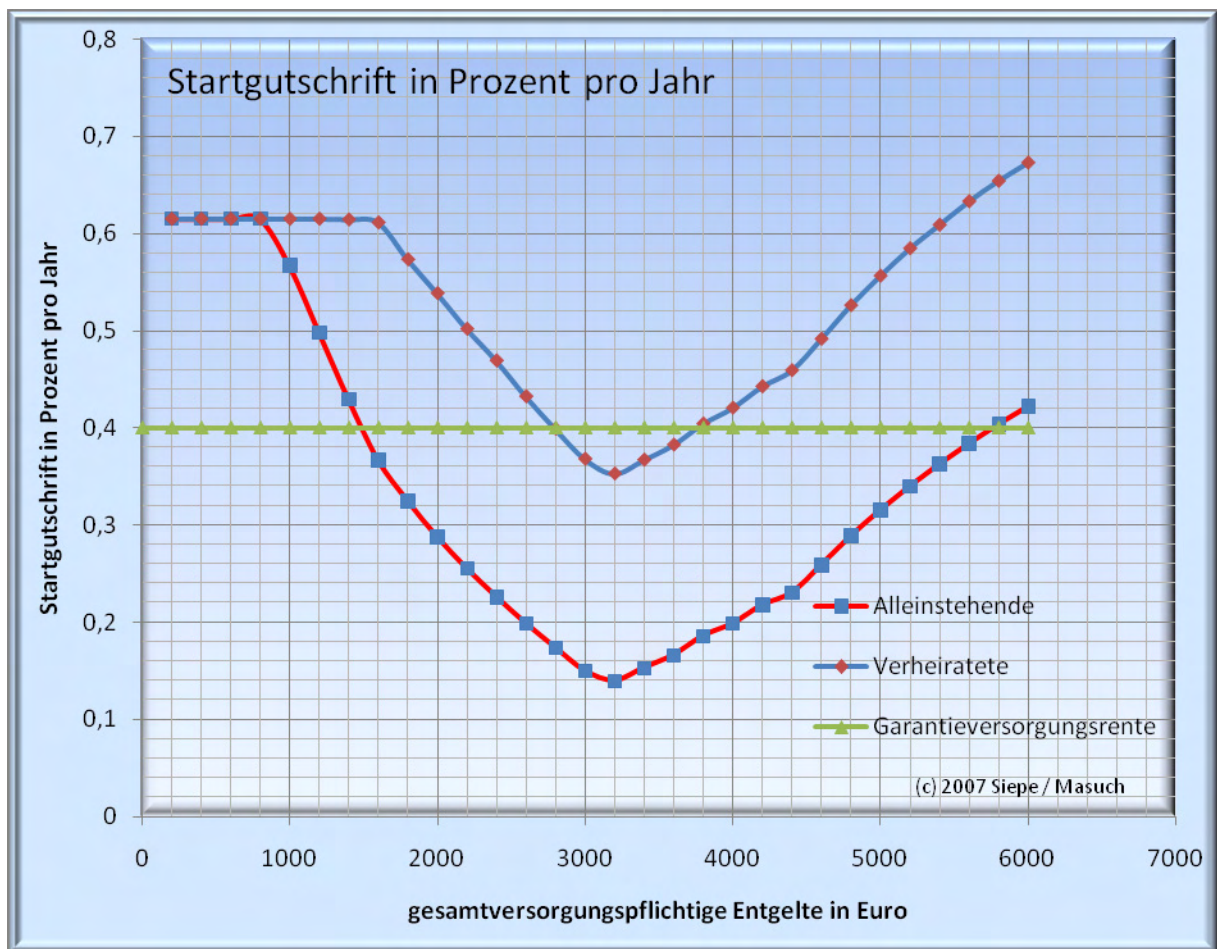
- Höhe des gesamtversorgungsfähigen Entgelts in 2001 (wie bei den Rentennahen)
- Anzahl der Pflichtversicherungsjahre bis Ende 2001 (also ohne halbe Anrechnung der Vordienstzeiten wie bei den Rentennahen)
- Höhe der Lohnsteuer und der Sozialabgaben im Jahr 2001.

Je nach Verdienst schwanken die „**Formelbeträge**“ nach § 18 zwischen 0,35 und 0,83 Prozent pro Jahr bei den am 31.12.2001 Verheirateten bzw. zwischen nur 0,14 und 0,61 Prozent pro Jahr bei den am 31.12.2001 Alleinstehenden (siehe Grafik „Startgutschriften in Prozent pro Jahr nach der Grundformel“ aus Studie [„Rentenkürzungen in der Zusatzversorgung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst“](#) siehe [Ref. 1]).

Ein Absinken der Startgutschrift unter 0,2 Prozent pro Jahr wird bei Alleinstehenden nur dadurch vermieden, dass eine **Mindestrente nach Beiträgen** gem. § 18 Abs. 2 Nr. 4 Betriebsrentengesetz gezahlt wird, die zwischen 0,20 Prozent (bei maximal 38 Pflichtversicherungsjahren bis Ende 2001) und 0,38 Prozent des Einkommens von 2001 pro Jahr (bei einem Pflichtversicherungsjahr) schwankt. Bei mindestens 20 Pflichtversicherungsjahren bis Ende 2001 wird zusätzlich eine **Mindeststartgutschrift** in Höhe von pauschal 7,36 Euro pro Jahr bei Vollzeitbeschäftigung gem. § 37 Abs. 3 VBL-Satzung neuer Fassung ermittelt.

Als Startgutschrift wird der jeweils höhere Betrag (Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1, Mindestrente nach Beiträgen nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 Betriebsrentengesetz, Mindeststartgutschrift nach § 37 Abs. 3 VBL-Satzung) festgelegt.

Grafik 5: Grafik zu Startgutschriften in Prozent pro Jahr nach der Grundformel in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG n.F.



Bei einem VBL-Durchschnittsverdienst von 2.776 Euro im Jahr 2001 errechnen sich bei den rentenfernen Jahrgängen von 1947 bis 1970 folgende Startgutschriften (inkl. Bonuspunkten für die Jahre 2005 bis 2007):

Tabelle 15: Startgutschriften für Durchschnittsverdiener der Jahrgänge 1947 bis 1970

| Jahrgang | Startgutschrift für Durchschnittsverdiener | |
|----------|--|---------------|
| | verheiratet | alleinstehend |
| 1947 | 338 € | 223 € |
| 1952 | 281 € | 187 € |
| 1956 | 225 € | 165 € |
| 1961 | 168 € | 134 € |
| 1965 | 112 € | 96 € |
| 1970 | 56 € | 49 € |

Während die Startgutschrift bei verheirateten Durchschnittsverdienern noch 0,4 Prozent pro Jahr beträgt, sinkt sie bei alleinstehenden Durchschnittsverdienern auf 0,25 bis 0,35 Prozent pro Jahr ab.

Bei Einkommen zwischen 2.800 und 3.800 Euro liegt die Schwankungsbreite bei den Startgutschriften zwischen 0,36 und 0,4 Prozent pro Jahr (bei Verheirateten) sowie 0,25 bis 0,35 Prozent pro Jahr (bei Alleinstehenden). Die Startgutschriften schwanken zwischen 0,36 und 0,50 Prozent pro Jahr bei den Verheirateten (aber konstant zwischen 0,25 bis 0,35 Prozent bei den Alleinstehenden), sofern man Einkommen zwischen 2.200 und 4.600 Euro betrachtet.

Insgesamt lassen sich hinsichtlich der Höhe der Startgutschriften deutlich **5 Gruppen von Rentenfernern** unterscheiden (siehe unten **Grafik 6** und **Tabelle 16** entnommen aus der Studie [„Rentenkürzungen in der Zusatzversorgung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst“](#) [Ref. 1]). Zu den Verlierern mit einer Startgutschrift von weniger als 0,4 Prozent des Einkommens in 2001 pro Pflichtversicherungsjahr zählen de facto alle Alleinstehenden sowie Verheiratete zwischen Einkommen von 2.800 bis 3.700 Euro. Schätzungsweise jeder zweite Rentenferne bekommt also nicht einmal so viel wie die frühere Mindestversorgungsrente von 0,4 Prozent des Endgehalts pro Jahr.

Die „großen Verlierer“ der Gruppe 5 (siehe **Tabelle 16**) mit einer Startgutschrift von sogar unter 0,3 Prozent pro Jahr rekrutieren sich ausschließlich aus Alleinstehenden mit Einkommen von 2.500 bis 4.900 Euro. Besonders betroffen sind **alleinstehende, ältere und langdienende Rentenferne** mit 30 Pflichtversicherungsjahren und mehr.

Da etwa jeder vierte Rentenferne am 31.12.2001 alleinstehend war und rund 30 Prozent der Rentenfernern zu den älteren Jahrgängen 1947 bis 1956 zählen, sind rund 7,5 Prozent aller Rentenfernern oder rund 100.000 VBL-Pflichtversicherte ganz massiv von den Kürzungen betroffen. In nicht wenigen Fällen wird die Zusatzrente praktisch halbiert (siehe auch die Studie „Halbierte Zusatzrente bei älteren, alleinstehenden Rentenfernern“).

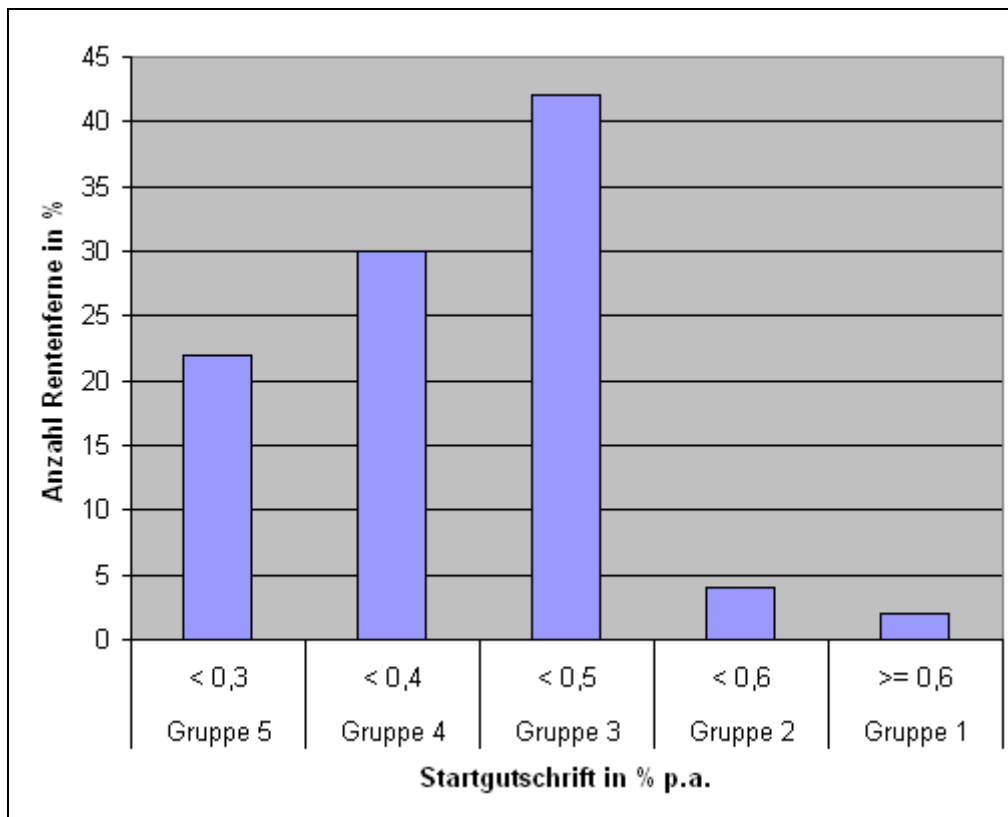
Alleinstehende und zugleich ältere Normal- und Höherverdiener mit Einkommen zwischen 2.600 und 4.200 Euro erhalten zumeist eine Startgutschrift in Höhe der Mindestrente bzw. der Mindeststartgutschrift, da der Formelbetrag bei diesen Einkommen nur zwischen 0,14 und 0,22 Prozent pro Jahr ausmacht. Von einer Anhebung des Formelbetrages durch Erhöhung des jährlichen Anteilssatzes, wie sie der BGH im Urteil vom 14.11.2007 für Rentenferne mit längerer Ausbildung (z.B. Akademiker) fordert, hätten sie überhaupt nichts, da bei ihnen der Formelbetrag deutlich unter der Mindestrente und Mindeststartgutschrift liegt. Von einem Zuschlag auf die bisherige Startgutschrift blieben vor allem Nicht-Akademiker mit Einkommen unter 4.200 Euro im Jahr 2001 ausgeschlossen.

Tabelle 16: Startgutschrift-Szenario „Gewinner und Verlierer“

Startgutschriften in % des ges.vers.fähigen Entgelts pro Jahr (p.a.)

| Klassifizierung nach Höhe in % | betroffene Gruppe der Rentenfernen |
|--|--|
| Gruppe 1: große Gewinner (ab 0,6 % p.a.) | Verheiratete ab 5.300 € |
| Gruppe 2: Gewinner (ab 0,5 % und unter 0,6 % p.a.) | Verheiratete (von 4.650 bis 5.300 € oder von 1.700 bis 2.200 €) sowie Alleinstehende über 7.000 € |
| Gruppe 3: weder Gewinner noch Verlierer (ab 0,4 % und unter 0,5 % p.a.) | Verheiratete (von 3.700 bis 4.650 € oder von 1.700 bis 2.200 €) sowie Alleinstehende von 5.800 bis 7.000 € |
| Gruppe 4: Verlierer (ab 0,3 % und unter 0,4 % p.a.) | Verheiratete von 2.800 bis 3.700 € sowie Alleinstehende (von 4.900 bis 5.800 € oder 1.850 bis 2.500 €) |
| Gruppe 5: große Verlierer | Alleinstehende von 2.500 bis 4.900 € |

Grafik 6: Wahrscheinliche Verteilung auf die 5 Gruppen von Rentenfernen



Alleinstehende Rentenferne können mit einer Startgutschrift von durchschnittlich nur 0,3 Prozent ihres Einkommens pro Jahr rechnen. In nicht

seltenen Einzelfällen liegt die Startgutschrift nur bei 0,25 oder gar nur 0,22 Prozent pro Jahr.

Verheiratete Rentenferne mit Einkommen zwischen 2.200 und 4.600 Euro erhalten eine Startgutschrift zwischen 0,36 und 0,50 Prozent, also im Durchschnitt 0,43 Prozent pro Jahr.

Da Alleinstehende etwa ein Viertel der Rentenfernen ausmachen und Verheiratete drei Viertel, beträgt die Startgutschrift insgesamt im Durchschnitt 0,4 Prozent pro Jahr des Einkommens von 2001 ($= 0,3 \times \frac{1}{4} + 0,43 \times \frac{3}{4}$).

5.3. Statische Startgutschriften als Teil der Brutto-Zusatzrente

Sämtliche Startgutschrift-Sätze in Prozent pro Jahr beziehen sich nur auf das Einkommen des Jahres 2001 (sog. gesamtversorgungsfähiges Entgelt). Bis zum Rentenbeginn mit der Regelaltersgrenze frühestens im Jahr 2012 vergehen aber noch mindestens 10 Jahre. Demnach müsste die Startgutschrift noch dynamisiert werden.

Von einer wirklichen Dynamisierung der Startgutschriften kann jedoch keine Rede sein. Die bisher gutgeschriebenen **Bonuspunkte** von jeweils 0,25 Prozent der Startgutschrift für die Jahre ab 2005 bewirken lediglich eine Anpassung um durchschnittlich 0,1 Prozent pro Jahr seit 2002. De facto sind die Rentenanwartschaften zum 31.12.2001 (Startgutschriften) **statisch**, was auch der Bundesgerichtshof in mehreren Urteilen festgestellt hat. Erst die tatsächlich gezahlten Zusatzrenten werden jährlich mit 1 Prozent dynamisiert.

Die praktisch **fehlende Dynamisierung** lässt die Startgutschriften in Prozent des künftigen Endgehalts weiter sinken, da das Endgehalt wegen der laufenden Gehaltssteigerungen mehr oder minder deutlich über dem Gehalt in 2001 liegen wird. Dabei gilt die Regel: Je jünger der Pflichtversicherte und je später daher der Rentenbeginn, desto größer ist der Verlust durch fehlende Dynamisierung.

Tabelle 17: Startgutschrift in Prozent des Endgehalts bei 1 bzw. 1,5 % Dynamisierung

| Jahrgang | Rentenbeginn in Jahr | Startgutschrift in Prozent bei von 1 % pro Jahr | Dynamisierung von 1,5 % pro Jahr |
|----------|-------------------------|--|-------------------------------------|
| 1947 | 2012 | 0,36 % | 0,35 % |
| 1956 | 2022 | 0,33 % | 0,30 % |
| 1965 | 2032 | 0,30 % | 0,26 % |
| 1970 | 2037 | 0,28 % | 0,24 % |

Tabelle 17 nennt die durch fehlende Dynamisierung sinkenden Sätze der Startgutschrift für unterschiedliche Modelljahrgänge bei Annahme einer statischen Startgutschrift von 0,4 Prozent pro Jahr und einer Dynamisierungsrate von 1 Prozent pro Jahr (wie bei den Bestandsrenten) bzw. alternativ 1,5 Prozent (wie bei einer durchschnittlich angenommenen Gehaltssteigerung von 1,5 Prozent pro Jahr).

Die fehlende Dynamisierung bewirkt also ein Sinken der effektiven Startgutschrift auf 0,36 Prozent (Jahrgang 1947, fehlende Dynamisierung von 1 %) bis 0,24 Prozent pro Jahr (Jahrgang 1970, fehlende Dynamisierung von 1,5 % wie bei einer angenommenen Gehaltssteigerung von durchschnittlich 1,5 % pro Jahr).

6. Betriebsrente nach Punktemodell ab 2002 (sog. Punkterente)

6.1. Tatsächliche Punkterente 2002-2011

Die Rentenanwartschaften ab 2002 nach dem Punktemodell (sog. Punkterenten) werden wie folgt berechnet:

monatliche Punkterente für ein Jahr
= 0,4 % des monatlichen Bruttogehalts x Altersfaktor.

Die neue **Punkterente** ist somit gehalts- und altersabhängig. Je höher das Gehalt bei gleichem Altersfaktor, desto höher die Punkterente. Außerdem gilt: Je jünger (älter) der Pflichtversicherte, desto höher (niedriger) der Altersfaktor und dementsprechend die Punkterente bei gleichem Gehalt.

In Abhängigkeit vom Jahrgang errechnen sich bei Durchschnittsverdienern nur relativ geringe Punkterenten:

Tabelle 18: Tatsächliche Punkterente bis 2011 bei Durchschnittsverdienst

| Jahrgang | neue Punkterente ab 1.1.2002 | |
|----------|------------------------------|---------------------------|
| | in Euro | in Prozent des Endgehalts |
| 1938 | 9 Euro | 0,31 % |
| 1942 | 48 Euro | 0,33 % |
| 1946 | 92 Euro | 0,33 % |

6.2. Künftige Punkterente ab 2012 für Jahrgänge 1947, 1956, 1965 und 1975

Punkterenten in dreistelliger Euro-Höhe sind erst ab Jahrgang 1947 zu erwarten (mit Berücksichtigung der stufenweisen Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre). Bei Annahme eines Durchschnittsverdienstes von 3.000 Euro im Jahr 2008, einer Gehaltssteigerung von 3 Prozent in 2009 und danach von durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr errechnen sich in Abhängigkeit der ab 1.1.2002 zurückgelegten Pflichtversicherungsjahre die in der folgenden Tabelle aufgeführten Punkterenten in Euro und in Prozent des auf den Renteneintritt hochgerechneten Endgehalts. Dabei erfolgte die Hochrechnung der Punkterenten unter dem Vorbehalt gleichbleibender Berechnungsfaktoren beim Punktemodell, insbesondere Beibehalt der ab 2002 geltenden Altersfaktoren.

Tabelle 19: Künftige Punkterente ab 2012 bei Durchschnittsverdienst (mit Berücksichtigung einer jährlichen Gehaltssteigerung von 1,5 % ab 2010)

| Jahrgang | Pflichtversicherungsjahre ab 1.1.2002 | Punkterente | |
|-------------|--|--------------|---------------------------|
| | | in Euro | in Prozent des Endgehalts |
| 1942 | 5 Jahre | 48 € | 0,33 % |
| 1947 | 10 „ | 106 € | 0,33 % |
| 1952 | 16 „ | 186 € | 0,33 % |
| 1956 | 20 „ | 253 € | 0,33 % |
| 1961 | 26 „ | 364 € | 0,35 % |
| 1965 | 30 „ | 458 € | 0,35 % |
| 1970 | 35 „ | 597 € | 0,37 % |
| 1975 | 40 „ | 763 € | 0,38 % |
| 1980 | 45 „ | 962 € | 0,40 % |
| 1985 | 50 „ | 1.203 € | 0,42 % |

Eine Punkterente von 0,4 Prozent pro Pflichtversicherungsjahr ist nach dieser Hochrechnung erst für den Jahrgang 1980 mit insgesamt 45 Pflichtversicherungsjahren ab 2002 zu erwarten. Beim Jahrgang 1975 mit 40 Pflichtversicherungsjahren errechnet sich nur eine Punkterente von 0,38 Prozent pro Jahr.

Die Punkterente in Euro steigt zwar absolut in Euro mit höheren Gehaltssteigerungen als 1,5 Prozent pro Jahr. In Prozent des hochgerechneten Endgehalts nimmt sie jedoch relativ leicht ab. Beispiel: Bei einer angenommenen jährlichen Gehaltssteigerung von 2 Prozent ab dem Jahr 2010 steigt die Punkterente beim Jahrgang 1975 mit 40 Pflichtversicherungsjahren zwar um 48 Euro auf 811 Euro. Dies sind aber nur noch 0,35 statt 0,38 Prozent des mit hochgerechneten Endgehalts.

Eine **Kürzung der künftigen Punkterente** ist frühestens ab dem Jahr 2013 möglich. Verschiedene Statements von öffentlichen Arbeitgebern lassen eine solche Kürzung als wahrscheinlich erscheinen.

Schon im November 2007 hieß es unter Punkt 8 des von der VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) verabschiedeten [10-Punkte-Programms zur Tarifrunde 2008](#) [Ref. 7]: „Auch hat sich gezeigt, dass bestimmte seinerzeitige Grundannahmen, wie die Länge der Bezugsdauer der Renten und die angenommene Verzinsung der Arbeitgeberleistungen, heute nicht mehr gelten“.

Deutlicher wurde VBL-Verwaltungsratsvorsitzender Hartmut Möllring, Finanzminister in Niedersachsen und Vorsitzender der TdL (Tarifgemeinschaft

deutscher Länder), im Vorwort zum [VBL-Geschäftsbericht 2007](#) [Ref. 8], der Ende des Jahres 2008 veröffentlicht wurde: *„Der Verteilungsspielraum in den öffentlichen Haushalten ist gering. Deshalb ist es umso wichtiger, dass durch die Reform im Tarifvertrag Altersversorgung ein erster bedeutender Schritt zur Konsolidierung der Ausgaben der Zusatzversorgung gelungen ist. Allerdings sind wir noch nicht am Ende des Weges angelangt“.*

Im ersten Gespräch zur Neuregelung der Zusatzversorgung am 11.12.2008 in Berlin forderten die öffentlichen Arbeitgeber *„die Überprüfung der Höhe der Garantieverzinsung im Rahmen der Altersfaktoren“.*

Hypothetische Annahmen aus den 2008 für die Zukunft gemachten „Kürzungsgedanken“ der Arbeitgebervertreter:

Rein technisch könnte also die Kürzung der Punkterente über eine Verringerung der Altersfaktoren um beispielsweise 25 Prozent erfolgen. Beispiel: Altersfaktor 1,75 statt bisher 2,5 bei 23-Jährigen / 1,5 statt 2,0 bei 30- bis 31-Jährigen / 1,2 statt 1,5 bei 40- bis 41-Jährigen / 0,8 statt 1,0 bei 53- bis 56-Jährigen / 0,6 statt 0,8 bei 62-Jährigen und älter. Alternativ könnte die VBL auf die bei der Berechnung der freiwilligen Betriebsrente nach VBLextra 02 gekürzten Altersfaktoren (gültig bis zum 31.12.2011) zurückgreifen oder wie bei der PlusPunktRente der anderen Zusatzversorgungseinrichtungen einen pauschalen Abschlag von 25 Prozent (gültig bis zum 31.12.2008) auf die ab 2013 entstehenden Rentenanwartschaften nach dem Punktemodell einführen.

Falls die Punkterente ab 1.1.2013 tatsächlich um 25 Prozent gekürzt würde, bekämen dies insbesondere jüngere Rentenferne zu spüren, wie die folgende Tabelle bei Annahme von maximal 40 Pflichtversicherungsjahren zeigt

Tabelle 20: Neue Punkterente bei Kürzung um 25 % ab 1.1.2013 (bei jährlicher Gehaltssteigerung von 1,5 % ab 2010)

| Jahrgang | neue Punkterente bei Kürzung um 25 % ab 1.1.2010 | |
|-------------|--|---------------------------|
| | in Euro | in Prozent des Endgehalts |
| 1952 | 175 €(./ 6 %) | 0,28 % |
| 1956 | 227 €(./ 10 %) | 0,29 % |
| 1961 | 316 €(./ 13 %) | 0,30 % |
| 1965 | 393 €(./ 14 %) | 0,31 % |
| 1970 | 506 €(./ 15 %) | 0,31 % |
| 1975 | 641 €(./ 16 %) | 0,32 % |
| 1980 | 803 €(./ 17 %) | 0,33 % |
| 1985 | 1.000 €(./ 17 %) | 0,34 % |

Nach Kürzung der Punkterente um 25 Prozent ab 2013 würde sich das Niveau der Punkterente bei jährlich rund 0,3 Prozent des letzten Bruttogehalts einpendeln. Dies wäre gegenüber der bis Ende 2001 geltenden Nettogesamtversorgungsrente (Niveau durchschnittlich bei 0,5 Prozent pro Jahr) eine Leistungskürzung um 40 Prozent. Nach 40 Pflichtversicherungsjahren wären nicht mehr wie früher 20 Prozent des Endgehalts an Zusatzrente zu erwarten, sondern nur noch 12 Prozent. Damit würde die Kürzung der Punkterente doppelt so stark ausfallen im Vergleich zur gesetzlichen Rente, deren Niveau bis zum Jahr 2030 um insgesamt 20 Prozent sinkt.

Die Kürzung der Punkterente ist bislang nicht eingetreten. Man wird aber das Jahr 2012 abzuwarten haben. Die Anzeichen der Arbeitgeber deuten jedenfalls nicht darauf hin, dass die Kürzungsgedanken aufgegeben wurden.

Anhang

| Prognose der Beklagten-Leistungen – Abrechnungsverband West - Einkommenstrend: 2% | | | | | |
|--|-----------------------------------|--------|---------------------------------|---|-------|
| Jahr | 2. Versorgungsbericht (S. 179) | | 3. Versor- gungsbericht) | Mehraufwand nach dem Stand des 2. Versorgungs- berichts | |
| | Mio DM | Mio € | | Mio € | Mio € |
| 2000 | 6.800 | | | | |
| 2001 | 8.600 | | | | |
| 2002 | 8.657 | | | | |
| 2003 | 8.969 | | | | |
| 2004 | 9.789 | 5.005 | 4.094 | 911 | 22,3% |
| 2005 | 10.159 | 5.194 | 4.353 | 841 | 19,3% |
| 2006 | 10.506 | 5.372 | 4.510 | 862 | 19,1% |
| 2007 | 10.830 | 5.537 | 4.641 | 896 | 19,3% |
| 2008 | 11.156 | 5.704 | 4.734 | 970 | 20,5% |
| 2009 | 11.474 | 5.867 | 4.813 | 1.054 | 21,9% |
| 2010 | 11.791 | 6.029 | 4.893 | 1.136 | 23,2% |
| 2011 | 12.121 | 6.197 | 4.998 | 1.199 | 24,0% |
| 2012 | 12.429 | 6.355 | 5.050 | 1.305 | 25,8% |
| 2013 | 12.742 | 6.515 | 5.052 | 1.463 | 29,0% |
| 2014 | 13.072 | 6.684 | 5.122 | 1.562 | 30,5% |
| 2015 | 13.395 | 6.849 | 5.209 | 1.640 | 31,5% |
| 2020 | 15.024 | 7.682 | 5.503 | 2.179 | 39,6% |
| 2025 | 16.305 | 8.337 | 5.850 | 2.487 | 42,5% |
| 2030 | 17.658 | 9.028 | 6.198 | 2.830 | 45,7% |
| 2035 | 19.031 | 9.730 | 6.438 | 3.292 | 51,1% |
| 2040 | 20.219 | 10.338 | 6.692 | 3.646 | 54,5% |

¹⁾ Beweis unter Verwahrung gegen die Beweislast:

Vom Versicherungsmathematiker erstellte Prognose für den 3. Versorgungsbericht vom 31.8.2004, beifügt in Ablichtung als **Anlage Bekl. 9**.

Grafik 7: Schriftsatz vom 29.05.2005 [Ref. 9, Seite 23]



Entwicklung der Anstaltsleistungen (Abrechnungsverband West)
(in Mio Euro)

| Kalenderjahre | 0,5% | | | 1,5% | | | 2,0% | | | 3,0% | | |
|---------------|--------------------------|-------------------------|--------|--------------------------|-------------------------|--------|--------------------------|-------------------------|--------|--------------------------|-------------------------|--------|
| | Verkaufserlöse renten | Hilfsleistung renten | Gesamt | Verkaufserlöse renten | Hilfsleistung renten | Gesamt | Verkaufserlöse renten | Hilfsleistung renten | Gesamt | Verkaufserlöse renten | Hilfsleistung renten | Gesamt |
| 2004 | 3.031 | 463 | 4.094 | 3.631 | 603 | 4.094 | 3.631 | 403 | 4.094 | 3.631 | 463 | 4.094 |
| 2005 | 3.651 | 502 | 4.353 | 3.851 | 502 | 4.353 | 3.851 | 502 | 4.353 | 3.651 | 502 | 4.353 |
| 2006 | 3.970 | 540 | 4.510 | 3.970 | 540 | 4.510 | 3.970 | 540 | 4.510 | 3.970 | 540 | 4.510 |
| 2007 | 4.003 | 576 | 4.641 | 4.003 | 576 | 4.641 | 4.003 | 576 | 4.641 | 4.003 | 576 | 4.641 |
| 2008 | 4.120 | 614 | 4.734 | 4.120 | 614 | 4.734 | 4.120 | 614 | 4.734 | 4.120 | 614 | 4.734 |
| 2009 | 4.163 | 650 | 4.813 | 4.163 | 650 | 4.813 | 4.163 | 650 | 4.813 | 4.163 | 650 | 4.813 |
| 2010 | 4.207 | 685 | 4.892 | 4.207 | 685 | 4.892 | 4.207 | 685 | 4.892 | 4.207 | 685 | 4.892 |
| 2011 | 4.279 | 719 | 4.998 | 4.279 | 719 | 4.998 | 4.279 | 719 | 4.998 | 4.279 | 719 | 4.998 |
| 2012 | 4.290 | 757 | 5.049 | 4.297 | 793 | 5.050 | 4.297 | 793 | 5.052 | 4.294 | 753 | 5.057 |
| 2013 | 4.262 | 786 | 5.048 | 4.265 | 797 | 5.052 | 4.265 | 797 | 5.052 | 4.270 | 787 | 5.053 |
| 2014 | 4.290 | 818 | 5.116 | 4.293 | 819 | 5.122 | 4.293 | 819 | 5.122 | 4.319 | 819 | 5.130 |
| 2015 | 4.251 | 849 | 5.200 | 4.258 | 850 | 5.208 | 4.259 | 850 | 5.209 | 4.303 | 850 | 5.233 |
| 2016 | 4.243 | 829 | 5.254 | 4.260 | 859 | 5.350 | 4.261 | 860 | 5.271 | 4.424 | 860 | 5.294 |
| 2017 | 4.404 | 907 | 5.309 | 4.416 | 908 | 5.324 | 4.419 | 909 | 5.327 | 4.404 | 910 | 5.374 |
| 2018 | 4.424 | 933 | 5.357 | 4.443 | 935 | 5.370 | 4.440 | 935 | 5.383 | 4.508 | 937 | 5.445 |
| 2019 | 4.451 | 957 | 5.408 | 4.475 | 959 | 5.434 | 4.492 | 960 | 5.442 | 4.561 | 963 | 5.524 |
| 2020 | 4.481 | 979 | 5.460 | 4.513 | 981 | 5.494 | 4.521 | 982 | 5.503 | 4.623 | 987 | 5.610 |
| 2021 | 4.515 | 998 | 5.513 | 4.555 | 1.001 | 5.556 | 4.567 | 1.002 | 5.569 | 4.682 | 1.010 | 5.702 |
| 2022 | 4.550 | 1.016 | 5.568 | 4.600 | 1.000 | 5.629 | 4.615 | 1.021 | 5.636 | 4.767 | 1.032 | 5.799 |
| 2023 | 4.580 | 1.033 | 5.619 | 4.647 | 1.038 | 5.685 | 4.662 | 1.039 | 5.705 | 4.840 | 1.051 | 5.899 |
| 2024 | 4.625 | 1.046 | 5.673 | 4.699 | 1.053 | 5.752 | 4.722 | 1.055 | 5.777 | 4.905 | 1.068 | 6.001 |
| 2025 | 4.665 | 1.058 | 5.725 | 4.754 | 1.068 | 5.820 | 4.782 | 1.068 | 5.850 | 5.008 | 1.085 | 6.115 |
| 2026 | 4.707 | 1.068 | 5.775 | 4.811 | 1.076 | 5.887 | 4.844 | 1.079 | 5.920 | 5.132 | 1.103 | 6.237 |
| 2027 | 4.746 | 1.075 | 5.821 | 4.867 | 1.084 | 5.951 | 4.905 | 1.087 | 5.993 | 5.237 | 1.112 | 6.349 |

Graphik 8: Anlage Bekl. 9 [Ref. 9], Teil 1



Entwicklung der Anstaltsleistungen (Abrechnungsverband West)

(in Mio Euro)

| Kalenderjahr | 0,0% | | | 1,0% | | | 2,0% | | | 3,0% | | |
|--------------|----------------------|---------------|--------|----------------------|---------------|--------|----------------------|---------------|--------|----------------------|---------------|--------|
| | Versicherungsfähiger | Hilfsleistung | Gesamt | Versicherungsfähiger | Hilfsleistung | Gesamt | Versicherungsfähiger | Hilfsleistung | Gesamt | Versicherungsfähiger | Hilfsleistung | Gesamt |
| 2020 | 4.783 | 1.089 | 5.872 | 4.923 | 1.093 | 6.016 | 4.969 | 1.084 | 6.053 | 5.094 | 1.129 | 6.223 |
| 2021 | 4.820 | 1.082 | 5.902 | 4.980 | 1.095 | 6.075 | 5.034 | 1.099 | 6.133 | 5.454 | 1.134 | 6.588 |
| 2022 | 4.852 | 1.082 | 5.934 | 5.034 | 1.087 | 6.121 | 5.086 | 1.102 | 6.188 | 5.664 | 1.142 | 6.806 |
| 2023 | 4.876 | 1.082 | 5.958 | 5.081 | 1.099 | 6.180 | 5.132 | 1.105 | 6.237 | 5.870 | 1.150 | 7.020 |
| 2024 | 4.892 | 1.081 | 5.973 | 5.121 | 1.101 | 6.222 | 5.182 | 1.108 | 6.290 | 5.772 | 1.167 | 6.939 |
| 2025 | 4.902 | 1.079 | 5.981 | 5.157 | 1.102 | 6.259 | 5.248 | 1.109 | 6.357 | 5.871 | 1.103 | 7.034 |
| 2026 | 4.908 | 1.075 | 5.983 | 5.189 | 1.101 | 6.290 | 5.290 | 1.109 | 6.399 | 5.965 | 1.170 | 7.135 |
| 2027 | 4.908 | 1.071 | 5.979 | 5.216 | 1.100 | 6.316 | 5.329 | 1.109 | 6.438 | 6.058 | 1.176 | 7.237 |
| 2028 | 4.907 | 1.067 | 5.974 | 5.245 | 1.100 | 6.345 | 5.370 | 1.111 | 6.481 | 6.157 | 1.105 | 7.262 |
| 2029 | 4.909 | 1.063 | 5.972 | 5.278 | 1.099 | 6.377 | 5.410 | 1.112 | 6.522 | 6.204 | 1.103 | 7.307 |
| 2030 | 4.911 | 1.059 | 5.970 | 5.314 | 1.099 | 6.413 | 5.456 | 1.113 | 6.573 | 6.306 | 1.203 | 7.509 |
| 2031 | 4.913 | 1.056 | 5.969 | 5.351 | 1.101 | 6.452 | 5.510 | 1.117 | 6.627 | 6.405 | 1.215 | 7.620 |
| 2032 | 4.913 | 1.052 | 5.965 | 5.380 | 1.102 | 6.482 | 5.572 | 1.124 | 6.696 | 6.612 | 1.228 | 7.841 |
| 2033 | 4.914 | 1.047 | 5.961 | 5.420 | 1.103 | 6.523 | 5.628 | 1.123 | 6.751 | 6.739 | 1.243 | 7.982 |
| 2034 | 4.917 | 1.044 | 5.961 | 5.475 | 1.105 | 6.580 | 5.692 | 1.128 | 6.820 | 6.809 | 1.250 | 8.069 |
| 2035 | 4.928 | 1.041 | 5.969 | 5.533 | 1.109 | 6.642 | 5.770 | 1.134 | 6.904 | 7.047 | 1.275 | 8.322 |
| 2036 | 4.947 | 1.039 | 5.986 | 5.603 | 1.113 | 6.716 | 5.852 | 1.140 | 7.002 | 7.240 | 1.293 | 8.533 |
| 2037 | 4.967 | 1.035 | 6.002 | 5.678 | 1.116 | 6.794 | 5.961 | 1.147 | 7.100 | 7.427 | 1.311 | 8.738 |
| 2038 | 4.983 | 1.032 | 6.015 | 5.750 | 1.121 | 6.871 | 6.068 | 1.154 | 7.212 | 7.624 | 1.318 | 8.942 |
| 2039 | 4.993 | 1.029 | 6.022 | 5.819 | 1.125 | 6.945 | 6.192 | 1.162 | 7.314 | 7.819 | 1.322 | 9.143 |
| 2040 | 4.997 | 1.025 | 6.023 | 5.882 | 1.130 | 7.012 | 6.242 | 1.170 | 7.412 | 8.017 | 1.375 | 9.382 |
| 2041 | 4.994 | 1.021 | 6.015 | 5.948 | 1.133 | 7.071 | 6.306 | 1.177 | 7.503 | 8.205 | 1.388 | 9.593 |
| 2042 | 4.989 | 1.015 | 5.996 | 5.987 | 1.138 | 7.125 | 6.407 | 1.181 | 7.587 | 8.386 | 1.421 | 9.807 |

- Tabelle 3 -

Grafik 9: Anlage Bkl. 9 [Ref. 9], Teil 2

Tabelle 21: Künftige Versorgungsausgaben bei 2 % Gehaltssteigerung ab 2010 in Mio. Euro (Variante 2 laut 3. VB bzw. Variante 1 laut 4. VB)

| Jahr | Versorgungsausgaben lt. 3. VB * | Versorgungsausgaben lt. 4. VB * |
|-------------|--|--|
| 2007 | 4.641 | 4.147 |
| 2008 | 4.734 | 4.339 |
| 2009 | 4.813 | 4.540 |
| 2010 | 4.893 | 4.659 |
| 2011 | 4.998 | 4.764 |
| 2012 | 5.050 | 4.825 |
| 2013 | 5.052 | 4.852 |
| 2014 | 5.122 | 4.881 |
| 2015 | 5.209 | 4.937 |
| 2016 | 5.271 | 5.011 |
| 2017 | 5.327 | 5.072 |
| 2018 | 5.383 | 5.131 |
| 2019 | 5.442 | 5.190 |
| 2020 | 5.503 | 5.249 |
| 2021 | 5.569 | 5.307 |
| 2022 | 5.636 | 5.367 |
| 2023 | 5.705 | 5.417 |
| 2024 | 5.777 | 5.463 |
| 2025 | 5.850 | 5.515 |
| 2026 | 5.923 | 5.569 |
| 2027 | 5.993 | 5.622 |
| 2028 | 6.063 | 5.671 |
| 2029 | 6.133 | 5.717 |
| 2030 | 6.198 | 5.760 |
| 2031 | 6.257 | 5.795 |
| 2032 | 6.310 | 5.822 |
| 2033 | 6.399 | 5.843 |
| 2034 | 6.399 | 5.856 |
| 2035 | 6.438 | 5.865 |
| 2036 | 6.481 | 5.870 |
| 2037 | 6.528 | 5.875 |
| 2038 | 6.579 | 5.887 |
| 2039 | 6.635 | 5.910 |
| 2040 | 6.692 | 5.944 |
| 2041 | 6.752 | 5.986 |
| 2042 | 6.820 | 6.036 |
| 2043 | 6.904 | 6.095 |
| 2044 | 7.002 | 6.155 |
| 2045 | 7.108 | 6.214 |
| 2046 | 7.212 | 6.278 |
| 2047 | 7.314 | 6.349 |
| 2048 | 7.412 | 6.434 |
| 2049 | 7.503 | 6.538 |
| 2050 | 7.587 | 6.655 |

*) Versorgungsausgaben laut Drittem und Viertem Versorgungsbericht (als Summe von Versicherungs- und Hinterbliebenenrenten)

Tabelle 22: Künftige Versorgungsausgaben bei 3 % Gehaltssteigerung ab 2010 in Mio. Euro (Variante 3 laut 3. und 4. VB)

| Jahr | Versorgungsausgaben lt. 3. VB * | Versorgungsausgaben lt. 4. VB * |
|-------------|--|--|
| 2007 | 4.641 | 4.147 |
| 2008 | 4.734 | 4.339 |
| 2009 | 4.816 | 4.541 |
| 2010 | 4.896 | 4.663 |
| 2011 | 5.002 | 4.772 |
| 2012 | 5.057 | 4.838 |
| 2013 | 5.063 | 4.871 |
| 2014 | 5.138 | 4.907 |
| 2015 | 5.233 | 4.973 |
| 2016 | 5.304 | 5.059 |
| 2017 | 5.374 | 5.136 |
| 2018 | 5.445 | 5.210 |
| 2019 | 5.524 | 5.289 |
| 2020 | 5.610 | 5.370 |
| 2021 | 5.702 | 5.453 |
| 2022 | 5.799 | 5.539 |
| 2023 | 5.899 | 5.618 |
| 2024 | 6.003 | 5.694 |
| 2025 | 6.115 | 5.780 |
| 2026 | 6.232 | 5.872 |
| 2027 | 6.349 | 5.966 |
| 2028 | 6.468 | 6.059 |
| 2029 | 6.588 | 6.149 |
| 2030 | 6.706 | 6.238 |
| 2031 | 6.820 | 6.322 |
| 2032 | 6.929 | 6.398 |
| 2033 | 7.034 | 6.468 |
| 2034 | 7.135 | 6.530 |
| 2035 | 7.237 | 6.590 |
| 2036 | 7.342 | 6.646 |
| 2037 | 7.457 | 6.704 |
| 2038 | 7.583 | 6.773 |
| 2039 | 7.710 | 6.857 |
| 2040 | 7.841 | 6.958 |
| 2041 | 7.982 | 7.072 |
| 2042 | 8.142 | 7.199 |
| 2043 | 8.322 | 7.339 |
| 2044 | 8.523 | 7.484 |
| 2045 | 8.738 | 7.629 |
| 2046 | 8.955 | 7.784 |
| 2047 | 9.171 | 7.952 |
| 2048 | 9.392 | 8.142 |
| 2049 | 9.603 | 8.362 |
| 2050 | 9.807 | 8.606 |

*) Versorgungsausgaben laut Drittem und Viertem Versorgungsbericht (als Summe von Versicherungs- und Hinterbliebenenrenten)

Versorgungsausgaben 2007-2050 lt. Viertem Versorgungsbericht 2009 [Ref. 11]
(mit 3 Varianten, siehe auf letzter Seite 333 in Tabelle B 10)

Tabelle 23: Entwicklung der Anstaltsleistungen VBL West nach 4. VB

| Jahr | B 10 Entwicklung der Anstaltsleistungen der VBL (in Mio. Euro) von 2007 bis 2050 | | | | | | | | |
|------|--|-------|--------|---------------------|-------|--------|---------------------|-------|--------|
| | Variante 1 2,0 % | | | Variante 2 2,5 % | | | Variante 3 3,0 % | | |
| | West | Ost | gesamt | West | Ost | gesamt | West | Ost | gesamt |
| 2007 | 4 147 | 109 | 4 256 | 4 147 | 109 | 4 256 | 4 147 | 109 | 4 256 |
| 2008 | 4 339 | 129 | 4 468 | 4 339 | 129 | 4 468 | 4 339 | 129 | 4 468 |
| 2009 | 4 540 | 166 | 4 706 | 4 540 | 166 | 4 706 | 4 541 | 167 | 4 708 |
| 2010 | 4 659 | 200 | 4 859 | 4 659 | 200 | 4 859 | 4 663 | 200 | 4 863 |
| 2011 | 4 764 | 232 | 4 996 | 4 764 | 232 | 4 996 | 4 772 | 233 | 5 005 |
| 2012 | 4 825 | 259 | 5 084 | 4 825 | 259 | 5 084 | 4 838 | 261 | 5 099 |
| 2013 | 4 852 | 282 | 5 134 | 4 852 | 282 | 5 134 | 4 871 | 285 | 5 156 |
| 2014 | 4 881 | 306 | 5 187 | 4 882 | 307 | 5 189 | 4 907 | 310 | 5 217 |
| 2015 | 4 937 | 339 | 5 276 | 4 938 | 339 | 5 277 | 4 973 | 345 | 5 318 |
| 2016 | 5 011 | 380 | 5 391 | 5 013 | 380 | 5 393 | 5 059 | 388 | 5 447 |
| 2017 | 5 072 | 421 | 5 493 | 5 075 | 421 | 5 496 | 5 136 | 432 | 5 568 |
| 2018 | 5 131 | 462 | 5 593 | 5 135 | 463 | 5 598 | 5 210 | 477 | 5 687 |
| 2019 | 5 190 | 505 | 5 695 | 5 195 | 507 | 5 702 | 5 289 | 525 | 5 814 |
| 2020 | 5 249 | 549 | 5 798 | 5 256 | 552 | 5 808 | 5 370 | 574 | 5 944 |
| 2021 | 5 307 | 594 | 5 901 | 5 318 | 597 | 5 915 | 5 453 | 624 | 6 077 |
| 2022 | 5 367 | 641 | 6 008 | 5 380 | 646 | 6 026 | 5 539 | 678 | 6 217 |
| 2023 | 5 417 | 688 | 6 105 | 5 433 | 693 | 6 126 | 5 618 | 732 | 6 350 |
| 2024 | 5 463 | 736 | 6 199 | 5 482 | 743 | 6 225 | 5 694 | 788 | 6 482 |
| 2025 | 5 515 | 788 | 6 303 | 5 538 | 797 | 6 335 | 5 780 | 849 | 6 629 |
| 2026 | 5 569 | 843 | 6 412 | 5 597 | 853 | 6 450 | 5 872 | 914 | 6 786 |
| 2027 | 5 622 | 898 | 6 520 | 5 657 | 909 | 6 566 | 5 966 | 979 | 6 945 |
| 2028 | 5 671 | 952 | 6 623 | 5 712 | 964 | 6 676 | 6 059 | 1 044 | 7 103 |
| 2029 | 5 717 | 1 002 | 6 719 | 5 766 | 1 018 | 6 784 | 6 149 | 1 108 | 7 257 |
| 2030 | 5 760 | 1 050 | 6 810 | 5 816 | 1 068 | 6 884 | 6 238 | 1 168 | 7 406 |
| 2031 | 5 795 | 1 096 | 6 891 | 5 859 | 1 115 | 6 974 | 6 322 | 1 225 | 7 547 |
| 2032 | 5 822 | 1 137 | 6 959 | 5 895 | 1 159 | 7 054 | 6 398 | 1 280 | 7 678 |
| 2033 | 5 843 | 1 175 | 7 018 | 5 925 | 1 200 | 7 125 | 6 468 | 1 331 | 7 799 |
| 2034 | 5 856 | 1 210 | 7 066 | 5 949 | 1 238 | 7 187 | 6 530 | 1 379 | 7 909 |
| 2035 | 5 865 | 1 243 | 7 108 | 5 967 | 1 273 | 7 240 | 6 590 | 1 424 | 8 014 |
| 2036 | 5 870 | 1 270 | 7 140 | 5 984 | 1 304 | 7 288 | 6 646 | 1 465 | 8 111 |
| 2037 | 5 875 | 1 296 | 7 171 | 6 001 | 1 333 | 7 334 | 6 704 | 1 505 | 8 209 |
| 2038 | 5 887 | 1 323 | 7 210 | 6 027 | 1 363 | 7 390 | 6 773 | 1 545 | 8 318 |
| 2039 | 5 910 | 1 351 | 7 261 | 6 065 | 1 395 | 7 460 | 6 857 | 1 590 | 8 447 |
| 2040 | 5 944 | 1 381 | 7 325 | 6 115 | 1 431 | 7 546 | 6 958 | 1 638 | 8 596 |
| 2041 | 5 986 | 1 413 | 7 399 | 6 175 | 1 468 | 7 643 | 7 072 | 1 690 | 8 762 |
| 2042 | 6 036 | 1 446 | 7 482 | 6 244 | 1 506 | 7 750 | 7 199 | 1 744 | 8 943 |
| 2043 | 6 095 | 1 480 | 7 575 | 6 325 | 1 545 | 7 870 | 7 339 | 1 800 | 9 139 |
| 2044 | 6 155 | 1 512 | 7 667 | 6 407 | 1 584 | 7 991 | 7 484 | 1 855 | 9 339 |
| 2045 | 6 214 | 1 542 | 7 756 | 6 490 | 1 622 | 8 112 | 7 629 | 1 911 | 9 540 |
| 2046 | 6 278 | 1 573 | 7 851 | 6 580 | 1 659 | 8 239 | 7 784 | 1 967 | 9 751 |
| 2047 | 6 349 | 1 605 | 7 954 | 6 679 | 1 700 | 8 379 | 7 952 | 2 025 | 9 977 |
| 2048 | 6 434 | 1 641 | 8 075 | 6 794 | 1 744 | 8 538 | 8 142 | 2 091 | 10 233 |
| 2049 | 6 538 | 1 680 | 8 218 | 6 931 | 1 794 | 8 725 | 8 362 | 2 164 | 10 526 |
| 2050 | 6 655 | 1 726 | 8 381 | 7 085 | 1 849 | 8 934 | 8 606 | 2 245 | 10 851 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Grafik 1: Soll-Ist-Vergleich bei den Versorgungsausgaben..... | 8 |
| Grafik 2: Soll-Ist-Vergleich bei der Zahl der Rentner | 15 |
| Grafik 3: Vorausberechnung der Zahl der Renten bei VBL West..... | 16 |
| Grafik 4: Projizierte Anwartschaften gemäß Seite 44 der AVID-Studie 2005..... | 25 |
| Grafik 5: Grafik zu Startgutschriften in Prozent pro Jahr nach der Grundformel in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG n.F. | 31 |
| Grafik 6: Wahrscheinliche Verteilung auf die 5 Gruppen von Rentenfernen | 33 |
| Grafik 7: Schriftsatz vom 29.05.2005 [Ref. 9, Seite 23] | 40 |
| Grafik 8: Anlage Bekl. 9 [Ref. 9], Teil 1 | 41 |
| Grafik 9: Anlage Bekl. 9 [Ref. 9], Teil 2..... | 42 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|--|----|
| Tabelle 1: Höhe der Versorgungsausgaben der VBL in Millionen Euro (gerundet) für die Jahre 2003 bis 2011 | 6 |
| Tabelle 2: Tatsächliche Entwicklung der Versicherungsrenten im engeren Sinne | 9 |
| Tabelle 3: Geschätzte Versorgungsausgaben der VBL (West) in Millionen Euro (gerundet) für die Jahre 2010 bis 2015..... | 10 |
| Tabelle 4: Geschätzte Versicherungsrenten (West) 2012-2015 in Millionen Euro (gerundet)..... | 11 |
| Tabelle 5: Vergleich Versorgungsausgaben/Umlageaufkommen | 13 |
| Tabelle 6: Anzahl der VBL-Rentner gesamt (West) in Tausend | 14 |
| Tabelle 7: Anzahl der Versicherungsrentner (West) aus Pflichtversicherung..... | 18 |
| Tabelle 8: Noch-Pflichtversicherte sowie Rentner der Jahrg. 1946 bis 1956 | 19 |
| Tabelle 9: Rentennewuzugänge in 2011 | 20 |
| Tabelle 10: Rentennewuzugänge in 2011 nach Jahrgängen..... | 20 |
| Tabelle 11: Rentenzahlbetrag 2002 - 2011 | 21 |
| Tabelle 12: Durchschnittliche monatlichen Rentenzahlbeträge für die Rentennewuzugänge | 22 |
| Tabelle 13: Annahmen zum Beispiel eines Zahlbetrags aus Bruttorente | 26 |
| Tabelle 14: Künftige Zusatzrenten (40 Pflichtversicherungsjahre) | 28 |
| Tabelle 15: Startgutschriften für Durchschnittsverdiener der Jahrgänge 1947 bis 1970/31 | |
| Tabelle 16: Startgutschrift-Szenario „Gewinner und Verlierer“ | 33 |
| Tabelle 17: Startgutschrift in Prozent des Endgehalts bei 1 bzw. 1,5 % Dynamisierung | 34 |
| Tabelle 18: Tatsächliche Punkterente bis 2011 bei Durchschnittsverdienst | 36 |
| Tabelle 19: Künftige Punkterente ab 2012 bei Durchschnittsverdienst (mit Berücksichtigung einer jährlichen Gehaltssteigerung von 1,5 % ab 2010)..... | 37 |
| Tabelle 20: Neue Punkterente bei Kürzung um 25 % ab 1.1.2013 (bei jährlicher Gehaltssteigerung von 1,5 % ab 2010) | 38 |
| Tabelle 21: Künftige Versorgungsausgaben bei 2 % Gehaltssteigerung ab 2010 in Mio. Euro (Variante 2 laut 3. VB bzw. Variante 1 laut 4. VB)..... | 43 |
| Tabelle 22: Künftige Versorgungsausgaben bei 3 % Gehaltssteigerung ab 2010 in Mio. Euro (Variante 3 laut 3. und 4. VB)..... | 44 |
| Tabelle 23: Entwicklung der Anstaltsleistungen VBL West nach 4. VB | 45 |

Quellennachweis

- Ref. 1:** http://www.startgutschriften-arge.de/6/studie_rentenkuerzungen.pdf
- Ref. 2:** http://www.startgutschriften-arge.de/5/Streitschrift_Startgutschrift.pdf
- Ref. 3:** <http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2010.pdf>
- Ref. 4:** Dritter Versorgungsbericht der Bundesregierung 2005 siehe <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/058/1505821.pdf>
- Ref. 5:** http://www.startgutschriften-arge.de/6/studie_halbierte_zusatzrenten.pdf
- Ref. 6:** <http://www.altersvorsorge-in-deutschland.de/DOWNLOADS/AVID-2005-Endbericht.pdf>
- Ref. 7:** http://www.kav-saar.de/fileadmin/user_upload/KAV/PDFs/Pressemitteilungen/2007/PM_10_Punkte-Programm_16_11_07.pdf
- Ref. 8:** <http://www.vbl.de/SITEFORUM?t=/contentManager/selectCatalog&e=UTF-8&i=1113979957474&l=1&ParentID=1171978183124&intro=1&active=no>
- Ref. 9:** Schriftsatz der beklagten VBL vom 29.05.2005 zum Verfahren des OLG Karlsruhe 12 U 260/04 (siehe <http://www.startgutschriften-arge.de/8/Schriftsatz-290505.pdf>)
- Ref. 10:** Anlage Bekl. 9 (siehe http://www.startgutschriften-arge.de/8/Anlage-Bekl_9.pdf) zum Schriftsatz der beklagten VBL vom 29.05.2005 zum Verfahren des OLG Karlsruhe 12 U 260/04 (siehe <http://www.startgutschriften-arge.de/8/Schriftsatz-290505.pdf>)
- Ref. 11:** Vierter Versorgungsbericht der Bundesregierung 2009 siehe <http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/529116/publicationFile/26608/versorgungsbericht4.pdf>
- Ref. 12:** dbb - Broschüre „Zahlen, Daten, Fakten 2012“ siehe: http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2012/zdf_2012.pdf
- Ref. 13:** Friedmar Fischer/Werner Siepe: Zusatzversorgungsbericht 2011 siehe: <http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2011.pdf>
- Ref. 14:** Werner Siepe: VSZ-Gutachten „Rentenkürzungen für ältere, alleinstehende Rentenerne“ siehe: <http://www.startgutschriften-arge.de/6/VSZ-Gutachten-Rentenkuerzung.pdf>
- Ref. 15:** Friedmar Fischer/Werner Siepe: Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, dbb verlag, 2011, ISBN 978-3-87863-171-2 ,
Leseprobe: http://www.startgutschriften-arge.de/11/Flyer_ZOED_Buch4.pdf
- Ref. 16:** Friedmar Fischer/Werner Siepe: Zusatzversorgungsbericht 2009 siehe: <http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2009-2.pdf>
- Ref. 17:** <http://www.startgutschriften-arge.de/6/zusatzversorgungsbericht2011.pdf>
- Ref. 18:** http://www.startgutschriften-arge.de/6/Doku_80_Jahre_VBL_Zusatzversorgung.pdf
- Ref. 19:** http://www.startgutschriften-arge.de/6/Systemfehler_Langfassung.pdf